

DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHEN GRUNDSÄTZE
DES PROLETARISCH-REVOLUTIONÄREN KAMPFES.

Von

F r a n z D e w i e n.

Dritte Ausgabe

Fünftes Heft:

DIE ALLGEMEINEN FRAGEN ALLER STRATEGIE UND TAKTIK.
B. K a m p f e n t s c h l u s s, A k t i o n s l i n i e,
K a m p f p l a n.

Herausgegeben von

KAMPFBUND ZUR BETREIUNG DER ARBEITERKLASSE.

Wien 1936.

Inhaltsverzeichnis:	Seite:
<u>B. Kampfentschluss, Aktionslinie, Kampfplan.</u>	1
a) Das Aktionsziel	1
b) Die Aktionsform	1
1. Angriff und Verteidigung (Offensive und Defensive)	1
2. Ausweichen (Lavieren)	2
3. Der Rückzug	2
4. Das Kompromiss	4
5. Das Bündnis	5
I. Der Unterschied zwischen Kompromiss und Koalition	5
II. Die Frage der grundsätzlichen Zulässigkeit des Bündnisses	7
1) Unzulässigkeit des Bündnisses mit der Bourgeoisie	7
2) Zulässigkeit des Bündnisses mit der Mittelklasse	8
III. Die grundsätzlichen Durchführungsbedingungen jedes Bündnisses	10
Lenin über die prinzipiellen Durchführungsbedingungen eines jeden Bündnisses	11
IV. Die taktische Zweckmäßigkeit eines Bündnisses	13
V. Die Formen des Bündnisses	13
VI. Die loyale Opposition	13
VII. Das Bündnis in der Regierung (die Frage der Beteiligung an der Regierung)	14
6. Das Ausnützen der Differenzen innerhalb der kapitalistischen Front	16
7. Legaler und illegaler Kampf	18
c) Die Kampfmittel	18
1. Die vorbereitenden Kampfmittel (Propaganda, Agitation)	18
2. Die Kampfmittel der Druckausübung	19
3. Die Kampfmittel zur Brechung des feindlichen Kampfwillens	19
Die grundsätzliche Einstellung der proletarischen Revolutionäre zum Krieg	20
I. Klassenmäßiges Prüfen jedes Krieges.	20
II. Sozialdemokratie und Krieg	20
III. Stalinismus und Krieg	22
IV. Kapitalismus und Krieg	22
V. Der Kampf gegen den Krieg	23
d) Die Aktionsrichtung	24
e) Die Aktionszeit	24
f) Die Kräfteverteilung	25
g) Die Verbindung	27
h) Der Aufenthalt der Führung in der Aktion	27
<u>C. Die Durchführung des Kampfentschlusses, des Kampfplans.</u>	27
<u>D. Die Auswertung der Aktion.</u>	27
Das Verhalten der Partei zu ihren eigenen Fehlern	28

B. KAMPFENTSCHEISS. AKTIONSPLAN, KAMPFPLAN.

Jeder Entschluss zur Aktion (Kampfentschluss) fordert zugleich von der Führung, von der Partei, die Linie richtig und klar herauszuarbeiten, auf der sich alle Teilaktionen bewegen müssen, damit sie als Gesamtaktion wirklich zum erstrebten Ziele führen. Die Linie gibt also in verdichteter Form den Kampfplan für den Verlauf der Aktion.

Der Kampfplan jeder Aktion, ob diese gross oder klein, muss folgende Fragen richtig und klar beantworten: a) das Ziel der Aktion; b) die Form der Aktion; c) die anzuwendenden Kampfmittel; d) die Richtung der Aktion; e) den Aktionszeitpunkt; f) die Verteilung der Kräfte; g) den Aufenthalt der Führung; h) die Verbindung.

a. Das Aktionsziel.

Stets der Aktion das Kampfziel möglichst klar und eindeutig zu stecken, ist die erste Voraussetzung des Erfolges. Das gilt für jede Form der Aktion, nicht nur für den Angriff, sondern auch für die Verteidigung, für das Umgehen, Ausweichen, für den Rückzug, für den "Waffenstillstand".

Jede Unklarheit, Zweideutigkeit in der Zielsetzung rächt sich. So ist das strategische Hauptziel des Stalinismus rein russisch-national (Aufbau des "Sozialismus" in einem Lande), aber zugleich muss die Stalinbürokratie, um ihren Scheinradikalismus besser zu bemänteln, veranlasst sah, zu folgender "Mischung" zu greifen: einerseits sollten die Arbeiterkommunisten "Rote" Gewerkschaften bilden - andererseits sollten sie aber doch in die von der SP geführten Massengewerkschaften gehen und dort trachten, Arbeiter abzuspalten und sie den "Roten" Gewerkschaften zuzuführen. Zugleich aber wurde aus denselben Gründen, das Bilden eigener "Roter" Gewerkschaften als Parole nur mehr verschwommen gegeben, um diese Losung je nach Bedarf vor den Arbeitermassen auch verleugnen zu können. Und das zusammen wurde als die beste ("realistische"...) Taktik ausgegeben, die "rote" Einheitsfront ("nur von unten") herzustellen!... Das Ergebnis war die Hitlerkatastrophe.

Am deutlichsten war das zu sehen bei der gemischten "roten" Gewerkschaftstaktik. Es war so krass erkennbar, dass die "rote" Gewerkschaftsorganisation die Arbeiter von der KP abstösst, dass sich die Stalinbürokratie, um ihren Scheinradikalismus besser zu bemänteln, veranlasst sah, zu folgender "Mischung" zu greifen: einerseits sollten die Arbeiterkommunisten "Rote" Gewerkschaften bilden - andererseits sollten sie aber doch in die von der SP geführten Massengewerkschaften gehen und dort trachten, Arbeiter abzuspalten und sie den "Roten" Gewerkschaften zuzuführen. Zugleich aber wurde aus denselben Gründen, das Bilden eigener "Roter" Gewerkschaften als Parole nur mehr verschwommen gegeben, um diese Losung je nach Bedarf vor den Arbeitermassen auch verleugnen zu können. Und das zusammen wurde als die beste ("realistische"...) Taktik ausgegeben, die "rote" Einheitsfront ("nur von unten") herzustellen!... Das Ergebnis war die Hitlerkatastrophe.

Schon die vollkommen unklare Zielsetzung nur in der Gewerkschaftsfrage allein machte es der österreichischen KP unmöglich, gewerkschaftlich vorwärts zu kommen, an die Betriebsarbeiter, an die grosse Arbeitermasse heranzukommen. So - durch die Schuld der Stalinpolitik! - war die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, war die SP überhaupt in der Lage, ihre schändlichen Verrätereien an der Arbeiterschaft immer und immer wieder fortzusetzen, ohne fürchten zu müssen, dass die Arbeitermassen von ihr nach links abschwanken.

b. Die Aktionsform.

Die wichtigsten Formen der Aktion sind: 1., Angriff, Verteidigung; 2. Ausweichen, Rückzug; 3. "Waffenstillstand" (Kompromiss); 4. Bündnis (Pakt, Koalition).

1. Angriff und Verteidigung (Offensive und Defensive).

Dem einfachen Kämpfer liegt die Verteidigung am nächsten. Siehe die Schutzbündler im Februar. Sie scheint ihm die beste Aktionsform zu sein. In der Tat bietet die Verteidigung sehr viele Vorteile. Doch muss sie aktiv geführt werden! Passive Verteidigung ist sichere Niederlage. Siehe das passive "Verteidigen" der Demokratie durch die SP. Die sozialdemokratische Passivität ist allerdings nicht irgendeiner falschen Auffassung von der Verteidigung als Aktionsform entsprungen; dieser "taktische" Fehler hatte seine tiefste Wurzel vielmehr in der strategischen Grundeinstellung der SP zur Bourgeoisie, in ihrer kleinbürgerlichen Klassenlinie, in ihrem Hinarbeiten auf die Koalition mit dem Klassenfeind.

Unter sonst gleichen Bedingungen ist die Offensive stärker als die Defensive. Der Angreifer zwingt dem Verteidiger das Handeln auf und zwar an dem dem Angreifer günstigsten Ort, zu der dem Angreifer günstigsten Zeit. Der Angreifer bestimmt Ort und Zeit der Aktion. Das gibt ihm einen grossen Vorsprung, wie denn überhaupt in jeder Aktion derjenige einen grossen Vorteil gewinnt, der den Gegner überrascht.

Nur wenn die aktive Defensive mit offensiver Absicht geführt wird (Verteidigung mit Angriffsabsicht), dann ist sie - alle anderen Umstände gleich - dem Angriff überlegen. Es ist dies die Defensive, die lediglich zu dem bewussten Zweck ergriffen wird, um den Angreifer zunächst anrennen zu

lassen und dann im richtigen Augenblick - sobald er genügend geschwächt ist - zum Gegenstoss, Gegenangriff, zur Gegenoffensive überzugehen.

Revolutionäre Verteidigung muss stets aktiv geführt werden und in der Grundabsicht, im geeigneten Zeitpunkt (bis der Gegner genügend geschwächt ist) zum Gegenangriff überzugehen. Das setzt die Grundeinstellung des Kampfes gegen den Klassenfeind voraus. Koalitionspolitik und rein (russisch) national eingestellte Politik sind mit revolutionärer Verteidigungspolitik unvereinbar.

Die grosse Stärke des Angriffs als Aktionsform hat mitgewirkt, dass 1921 im proletarischen Lager die sogenannte Offensivtheorie aufgekommen ist, die da sagte: die proletarische Revolutionspartei müsse Sturm auf Sturm organisieren, das würde selbst bei Niederlagen die Massen schliesslich revolutionisieren. Dieser ultralinke Unsinn, der von Bucharin-Radek-Talheimer-Bela Kun-Sinowjew mit einer regelrechten Fraktion verfochten wurde, wurde von Lenin-Trotski auf dem 3. Weltkongress der KI abgetan.

Umgehen, Umfassen sind Formen je nachdem des Angriffs oder der Verteidigung. Der Vormarsch ist vorbereitender Auftakt zur Offensive. Je nach den Umständen geht er auch in die Defensive über.

2. Das Ausweichen (Lavieren).

Den ultralinken Unsinn, der das Ausweichen als Kampfform grundsätzlich ablehnt, haben wir schon im Abschnitt über Opportunismus im ersten Kapitel abgetan.

"Den Kampf aufnehmen, wenn die Situation offenbar für den Feind und nicht für uns günstig, ist ein Verbrechen und Politiker der revolutionären Klasse, die nicht zu lavierern, zu paktieren, Kompromisse zu schliessen verstehen, um einem offenkundig unvorteilhaften Treffen auszuweichen, sind keinen Pfifferling wert". "Kompromisse, Pakte (Bündnisse), Lavierern, Ausnützen der Interessengegensätze (auch der zeitweiligen) zwischen Feinden ablehnen: ist das nicht dasselbe, wie wenn man bei einem schwierigen Aufstieg von vornherein ablehnen wollte, manchmal im Zickzack zurückzugehen, manchmal umzukehren, die einmal gewählte Richtung aufzugeben und verschiedene Richtungen zu versuchen?" (Lenin).

Revolutionäres Ausweichen muss selbstverständlich immer ausgehen von den proletarisch-revolutionären Grundsätzen und die proletarische Klassenlinie unverrückbar einhalten. "Man muss die grösste Treue für die Idee des Kommunismus (das heisst für die marxistisch-leninistischen Grundsätze! Der Verf.) mit dem Vermögen vereinen, alle notwendigen praktischen Kompromisse einzugehen, zu lavierern, zu paktieren, im Zickzack vorzugehen, Rückzüge anzutreten und dergleichen, um die Differenzen der Gegner auszunützen und sie schliesslich alle zu schlagen, die politische Macht zu erobern" (Lenin).

"Grundfalsch ist eine Taktik, die es für unzulässig hält (das tat die KAPD, der Verf.), dass ein Sowjetdeutschland für eine gewisse Zeit den Versailler Frieden anerkennt und sich ihm fügt", so schrieb Lenin 1920. - Revolutionäres Ausweichen ist grundsätzlich zulässig. Eine ganz andere Frage ist, ob, wann, in welcher Form, wie lange das taktisch zweckmässig?! "Daraus folgt nicht", schreibt Lenin 1920 an gleicher Stelle weiter, "dass die USPD recht hatte, die zu einer Zeit, wo in der Regierung die Scheidemänner sassen, die die Sowjetmacht in Ungarn noch nicht gestürzt war, die Möglichkeit der Unterstützung Sowjetungarns durch eine Sowjetrepublik in Wien noch nicht ausgeschlossen war, die Unterzeichnung des Versailler Friedens unter den damaligen Verhältnissen forderte".

Das Ausweichen ist eine Form nicht nur der Verteidigung, sondern auch des Angriffs: man kann im Zickzack zurückweichen, man kann aber auch im Zickzack vorgehen.

3. Der Rückzug.

Der Rückzug ist eine Form des Ausweichens. "Die Wissenschaft von der richtigen Durchführung des Rückzugs: man kann nicht siegen, wenn man nicht gelernt hat, einen Angriff richtig durchzuführen und den Rückzug richtig einzuleiten" (Lenin).

Allés, was für die Aktion gilt, gilt auch für den Rückzug. Insbesondere ist zur erfolgreichen Führung folgendes nötig:

I. Die Führung muss den Rückzug Rückzug nennen, darf ihn nicht als Vormarsch ausgeben! Den Rückzug antreten und mit dem Maul schreien: "Wir marschieren vor!", verwirrt, schwächt die eigenen Kämpfer, ohne den Gegner zu täuschen. So handelt die Sozialdemokratie seit Jahren und die Stalinburokratie desgleichen.

II. Der revolutionäre Rückzug muss getragen sein von der ernstesten Grundabsicht, wieder zum Angriff überzugehen! Lenin nennt den Rückzug ein "Zurücktreten, um einen besseren Sprung zu tun". Es genügt aber nicht, dass der Rückzug in der subjektiv ehrlichen Absicht angetreten, durchgeführt wird, um im geeigneten Zeitpunkt wieder zum Angriff auf den Klassenfeind vorzugehen. Er muss vielmehr auf solcher Linie vollzogen werden, dass er zu

der für die Arbeiterklasse günstigen Verschiebung der Klassenkräfte führt, also tatsächlich die Voraussetzungen schafft, wieder zum Angriff übergehen zu können und zwar mit Aussicht auf Erfolg!

Beim richtig durchgeführten militärischen Rückzug spielt sich der so herbeigeführte dialektische Wandel der Kräfteverhältnisse handgreiflich sichtbar ab: je weiter der Angreifer seine Offensive vortreibt, desto mehr entfernt er sich von seiner Kräftebasis, er wird dadurch schwächer; der rückmarschierende Verteidiger aber nähert sich gerade durch seinen Rückzug der Basis seiner Kräfte immer mehr, wird also - alle anderen Umstände gleich - stärker. Beim politischen Rückzug spielt sich der dialektische Wandel ähnlich ab, nur viel verwickelter und weniger sichtbar.

Diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse erzielt der revolutionäre Rückzug aber nur, wenn er richtig geführt wird, das heisst vor allem, wenn er auf der proletarisch-revolutionären Linie durchgeführt wird, sich auf ihr zurückbewegt, um im geeigneten Zeitpunkt auf ihr wieder vorzustossen.

Der sozialdemokratische Rückzug, der stälinsche Rückzug führt und muss führen zu immer grösserer Schwächung der Arbeiterklasse. Niemals leitet sozialdemokratische, stälinsche Rückzugspolitik zum revolutionären Gegenangriff über, erst recht nicht mit Aussicht auf Erfolg.

Der sozialdemokratische Rückzug zieht sich hin seit 1920: dass er die Kräfteverhältnisse nicht zu Gunsten der Arbeiterklasse verschoben hat, ist handgreiflich durch die Katastrophen 1933/34.

Der stälinsche Rückzug zieht sich hin seit 1923/24: dass er die Kräfteverhältnisse der Klassen nicht zu Gunsten des Proletariats verschoben hat, ist bewiesen durch die Katastrophen der chinesischen Revolution 1926, durch die deutsche 1933, österreichische 1934, spanische (Oktober 1935) Katastrophe und durch die so herbeigeführte Schwächung der Gesamtpolitik der proletarischen Diktatur in Russland.

Seit den Katastrophen geht der Rückzug der Sozialdemokratie und der Stälindbürokratie weiter. Eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse der Klassen zu Gunsten des Proletariats wurde dadurch bisher nicht herbeigeführt und wird d a d u r c h auch weiterhin nicht herbeigeführt werden. Dass sich die Stälinklrique weiter an der Macht behauptet, ist so wenig Gegenbeweis, wie der Umstand, dass Russland "in gewissem Sinne" an Macht zunimmt: es nimmt an Macht ab als p r o l e t a r i s c h e Macht, aber es nimmt als n a t i o n a l e Macht zu, die sich mehr und mehr k a p i t a l i s t i s c h e n Bedingungen nähert. Für die proletarische Revolution gilt selbstverständlich nicht der national beschränkte, sondern einzig und allein der proletarisch (internationale) Masstab!

Im europäischen Westen beginnen die Wellen der proletarischen Revolution zu steigen trotz SP/KP durch die spontane Bewegung der Massen!

Aus all dem folgt: Rückzug, wenn nötig, ja! Doch Rückzug immer nur auf der proletarischen Klassenlinie, auf der Linie der Weltrevolution!

Beispiel eines richtigen Rückzugs.

Die grossen revolutionären Kämpfe 1918/1921, geführt mit dem grossen strategischen Etappenziel "Unmittelbare Aufrichtung der proletarischen Macht!", hatten zu grossen Niederlagen geführt; überall half die SP der Kapitalistenklasse die grosse revolutionäre Welle zu überwinden. Richtiger gesagt: die jungen, eben erstandenen Kommunistischen Parteien erwiesen sich begreiflicherweise infolge ihrer Jugend als noch zu unerfahren, um die Arbeiter von der SP loszulösen und in die Front der Revolution überzuleiten. Diese Tatsachen machten den revolutionären Rückzug unvermeidlich, sowohl im internationalen, als auch im russischen Masstab.

Unter Lenins Führung verwirklichte die KI diesen Rückzug, indem sie die proletarische Weltfront von der strategischen Etappenlinie des Kampfes um die unmittelbare Aufrichtung der proletarischen Macht zurückzog auf die strategische Etappenlinie des Kampfes zunächst um die Eroberung der Massen für den revolutionären Kampf für die Aufrichtung der proletarischen Macht. Taktisch fand dieser Rückzug seinen Ausdruck im Übergang zur leninschen Einheitsfrontpolitik.

Auch in Russland musste der Rückzug angetreten werden. Viel zu weit im Verhältnis zur Kraft des Proletariats war die Sozialisierung vorgetrieben worden. Sie wurde auf die wirtschaftlichen Kommandohöhen beschränkt. Den Klein- und Mittelbauern und den städtischen Kleinverwerbetreibenden, Kleinhandlern wurde der freie Handel gestattet (NEP-Politik).

Der offen ausgesprochen strategische Zweck dieses ganzen Rückzugs war: auf der Linie der Weltrevolution sich bewegend, die noch im Banne der SP befindlichen Arbeitermassen loszulösen und für die proletarische Revolution gewinnen; dadurch und durch die realistische Nep-Politik die proletarische Diktatur in Russland als proletarische Macht behaupten; auf dieser Linie solange weiterarbeiten, bis die grossen Massen gewonnen sind; dann wieder vorgehen zum Kampf um die unmittelbare Aufrichtung der Diktatur der Arbeiterklasse in den übrigen Ländern und dadurch wieder den Boden ebnen für den neuerlichen Vormarsch auch in Russland.

Der grosse leninsche Rückzug bewegte sich also ausserhalb und innerhalb Russlands vollkommen auf der Grundlinie der internationalen proletarischen Revolution.

Beispiel eines grundfalschen, verräterischen Rückzugs.
(Stalinscher Rückzug).

Etwas später stand Stalin vor derselben Lage. Inzwischen war dank der ultralinksmenschewistischen Politik der Troika (Sinowjew-Bucharin-Stalin) die deutsche Oktoberniederlage (1923) dazugekommen. Da versuchten es die drei Helden noch mit ultralinken Kampferinjektionen (Putsch in Estland usw.), die neuerlich zu Niederlagen führten, und nun begann der stalinsche Rückzug.

Statt, mit Sinowjews Ultralinkstum und dem Bucharin-Brandlerschen Rechtstum brechend, sich auf der leninschen Rückzugslinie weiterzubewegen, zogen sich die Stalin & Co von der Grundlinie der Weltrevolution ü b e r - h a u p t zurück und betraten, zentristisch zwischen Proletariat und Mittelklasse, zwischen Kommunismus und Opportunismus unausgesetzt torkelnd, immer mehr zum Opportunismus ableitend, die "Generallinie", die Linie des Aufbaus des "Sozialismus" in e i n e m Lande, die Linie des Nationalkommunismus, die Linie der rein russischnational ausgerichteten Politik. Der Stalinrückzug, der auch heute noch weitergeht, das war und ist der Rückzug von der proletarischen zur kleinbürgerlichen Klassenlinie. Der stalinsche Rückzug ist die Preisgabe der Weltrevolution. Da die Stalinbürokratie diese Politik bis zu den Katastrophen 1933/34 betrieb, da die Stalinparteien, die Stalininternationale dieselbe Rückzugspolitik trotz der für die proletarische Revolution, für die Weltarbeiterklasse dadurch herbeigeführten katastrophalen Folgen weiterbetreibt - sie hat die Stirn, trotz alledem diese ihre Rückzugspolitik als richtig zu bezeichnen, richtig vor, in und nach der Katastrophe - so betreibt die Stalinbürokratie, betreiben Stalinparteien und Stalininternationale mit der stalinschen Rückzugspolitik bewussten Verrat an der Weltrevolution, am Weltproletariat.

4. Das K o m p r o m i s s,

Das Kompromiss ist eine Form des Rückzugs. "Kompromiss heisst in der Politik die Preisgabe gewisser Forderungen, der Verzicht auf einen Teil der eigenen Forderungen auf Grund einer Verständigung mit einer anderen Partei" "Kompromiss ist die Herabsetzung gewisser Forderungen ... der Verzicht auf einen Teil der Forderungen im Namen der Verständigung mit der Gegenpartei" (Lenin),

Das revolutionäre Kompromiss muss sich selbstverständlich unverrückbar auf der proletarischrevolutionären Linie bewegen! Die proletarische Klassenpartei kann, wenn ein Kompromiss notwendig ist, alle taktisch zweckmässigen Zugeständnisse (Konzessionen) machen, n i e m a l s jedoch darf sie, auch nicht "ausnahmsweise" Zugeständnisse machen in g r u n d s ä t z - l i c h e n Fragen: niemals darf sie verzichten auf den proletarischen Klassenkampf, niemals auf den revolutionären Internationalismus, niemals auf den Kampf gegen den Opportunismus (daher auch nicht auf das Recht zur Kritik gegenüber den kleinbürgerlich "sozialistischen" ("kommunistischen") Parteien, niemals auf die Selbstständigkeit der proletarischen Klassenpartei, niemals auf deren Recht zur revolutionären Propaganda, politischen Tätigkeit, niemals auf das Zertrümmern des kapitalistischen Staatsapparates, auf die Diktatur der Arbeiterklasse, auf die führende Rolle der Partei usw.

Kompromisse sind prinzipiell zulässig.

Im Kampf können Situationen eintreten, wo das weiter Fortsetzen des Kampfes das Ganze gefährden würde, wo es zweckmässig wird, sogar Teilpositionen zu räumen, um eine Atempause, um Spielraum zu gewinnen, um im geeigneten Augenblick dann wieder zur Offensive übergehen zu können (erzwungenes Kompromiss). Es können Lagen im Kampf entstehen, wo es zweckmässig wird, an irgendeinem Frontstück durch freiwillige Nachgiebigkeit ein Kompromiss herbeizuführen, um desto kräftiger eine Aktion an einem wichtigeren Frontstück vorbereiten, in Gang setzen zu können (freiwilliges Kompromiss).

Nur Gedankenlose reden vom "kompromisslosen Kampf" und verwerfen jedes Kompromiss "überhaupt".

Kein geringerer als Lenin schloss jenes Kompromiss, das unter dem Namen der Friedensschluss von Brest-Litowsk bekannt ist und das er selbst ein "Kompromiss mit den Kapitalisten" genannt hat. Sowjetrussland musste damals grosse Gebiete räumen, gewaltige Opfer bringen. Wäre Lenin gegen jedes Kompromiss "überhaupt" gewesen, so hätte das damals fast sicher dazugeführt, dass der deutsche Imperialismus die eben erst erstandenen, noch gar nicht gefestigte Sowjetmacht zertrümmert hätte. So gewann die proletarische Revolution Zeit und konnte bald hernach mit der Sowjetmacht im Rücken unter der Losung "Alle Macht den Arbeiterräten!" mit Aussicht auf Erfolg zur Offensive in Mitteleuropa übergehen.

Die Frage der taktischen Zweckmässigkeit eines Kompromisses.

Ein Kompromiss zu schliessen ist vom proletarischen Klassenstandpunkt grundsätzlich durchaus zulässig. Eine ganz andere Frage ist, wann, wo, wie, unter welchen Bedingungen, wie lange ein Kompromiss taktisch zweckmässig ist. Diese Frage kann nur nach den realen Umständen entschieden werden und läuft auf die Frage hinaus, ob die Lage und die Perspektiven beim Abschluss des Kompromisses richtig eingeschätzt wurde und ob daraus die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden sind.

"Es gibt Kompromisse und Kompromisse"... "Unterschied zwischen einem Kompromiss, das durch die objektiven Verhältnisse erzwungen wird (wenn die Kasse der Streikenden leer ist, sie keine Unterstützungen von auswärts erhalten, bis zum Äussersten hungrig und erschöpft sind), zwischen einem Kompromiss, das die revolutionäre Hingabe und Bereitschaft zu weiterem Kampf der Arbeiter, die ein solches Kompromiss abschliessen keineswegs beeinträchtigt --- und einem Kompromiss von Verrätern, die ihrer Angst um ihre eigene Haut (Streikbrecher schliessen auch "Kompromisse"), ihrer Feigheit, ihren Wunsch, sich bei den Kapitalisten einzuschmeicheln, ihre Empfänglichkeit für Einschüchterungen, manchmal auch für Veteuerungen, Almosen, Schmeicheleien der Kapitalisten aus objektiven Ursachen erklären" (Lenin).

Verräterische Kompromisse sind solche, die proletarisch-revolutionäre Grundsätze preisgeben oder auf deren Preisgeben hinauslaufen.

Man kann ehrlich ein Kompromiss schliessen, das jedoch - bei vollem Einhalten der proletarisch-revolutionären Prinzipien - infolge unrichtiger Bewertung der Lage und der Perspektiven, infolge falscher Schlussfolgerungen aus der richtigen Einschätzung der Lage und der Perspektiven taktisch un- zweckmässig ist. Solche Kompromisse nennen wir schädliche Kompromisse.

5. Das Bündnis.

Das Bündnis dient je nachdem dem Angriff, der Verteidigung, dem Ausweichen, dem Rückzug. Es wird unter den verschiedenartigsten Bezeichnungen geschlossen wie Pakt, Block, Koalition, Kartell, Kooperation, Konzentration, Arbeitsgemeinschaft, Zusammenarbeit, Zusammenwirken, Einheitsfront, Antifaschistische Front, "Volks"front und dergleichen. Als Koalition (im engeren Sinn) bezeichnet man das Bündnis mit einer bürgerlichen Partei, mit bürgerlichen Elementen, als Koalitionspolitik (im engeren Sinne) jede auf ein solches Bündnis ausgerichtete Politik.

I. Der Unterschied zwischen Kompromiss und Koalition.

Selbst Lenin hat Kompromisse abgeschlossen, warum sollen SP(RS)/KP nicht "auch" - Koalitionen abschliessen dürfen?!... Mit dem Zusammenwerfen dieser zwei Begriffe, die einander in Wirklichkeit vollkommen widersprechen, täuschen SP(RS)/KP immer wieder die Arbeiter und viele Arbeiter fallen ihnen darauf in der Tat hinein.

Das Kompromiss ist vorübergehende Verständigung (Übereinkunft) in gewissen Teilfragen, ist zeitweiliger relativer (beschränkter) "Waffenstillstand" an gewissen Teilfronten zwischen Gegnern.

Die Koalition dagegen ist das Bündnis gegen einen Dritten! Das Kompromiss ist der Abschluss zeitweiliger, relativer, beschränkter "Kampfruhe" an einem Teil der Front zwischen Gegnern. Das Kompromiss ist vorübergehender "Waffenstillstand" in gewissen Fragen, an gewissen Frontstücken auf dem Boden des Kampfes: der Kampf in den anderen Fragen, an den anderen Frontstücken geht weiter; dem Kompromiss liegt die Einstellung zu Grunde, den Kampf gegeneinander in vollem Umfang wieder fortzusetzen, auch was die vom Kompromiss erfassten Fragen betrifft.

Zum Beispiel: der Streik der Metallarbeiter wird mit einem Kompromiss abgeschlossen, aber der Streik der anderen Branchen geht weiter; die gesamte Streikbewegung wird mit einem Kompromiss abgeschlossen, aber die gewerkschaftliche Organisations-Propaganda-, Mobilisierungsarbeit, die Vorbereitung der kommenden Gewerkschaftsaktion, wie überhaupt der ganze politische Kampf geht weiter. Selbst also während des "Waffenstillstands" ruht der Kampf nur relativ, verhältnismässig, teilweise. Und diese relative Waffenruhe ist nur für eine vorübergehende Zeitspanne abgeschlossen. Nachher wird der Kampf zwischen den zwei Gegnern in vollem Umfang wieder fortgesetzt.

Die Koalition dagegen ist das Bündnis zweier (oder mehrerer) Kräfte gegen eine dritte Kraft! Offen wird das selten ausgesprochen, meist wird das hinter schönen allgemeinen, trügerischen Phrasen verborgen. Bei aussenpolitischen Bündnissen zum Beispiel heisst es da: die hohen Verbündeten schliessen das Bündnis (den Pakt) zur "Erhaltung des Friedens" und dergleichen -- bei innenpolitischen Koalitionen (Blocks, Pakten, Einheitsfronten, Konzentrationen usw.) heisst es: die Koalitionsparteien verbünden sich, um "die allgemeine Not", "den allgemeinen Notstand", "die Not des Landes",

"die Not der Wirtschaft" und dergleichen gemeinsam zu überwinden oder, "um das Land gegen den Feind zu verteidigen" und dergl. Sehr beliebt waren und sind die Bündnisse der SP(RS)/KP mit gewissen bürgerlichen Parteien, (Schichten, Elementen) (oder das Anstreben solcher Bündnisse), "um die faschistische Diktatur zu verhindern". So zum Beispiel das Bündnis der SPD mit dem Zentrum; so das Ausgehen der österreichischen SP auf ein Bündnis mit dem "anständigen Teil des Bürgertums", so die SP Frankreichs in ihrer Bündnispolitik gegenüber der linksbürgerlichen Radikalsozialistischen Partei (zur Verhinderung der Reaktion, des Faschismus" usw.), so die SP(RS)/KP in Österreich in ihrem Streben nach einer "antifaschistischen Front aller (auch bürgerlicher) Kräfte, die unter dem Faschismus leiden" usw....

Jede Koalition der SP(RS)/KP mit der Bourgeoisie (mit Teilen derselben) ist immer Bündnis der sozialdemokratischen, stalinschen "revolutionären" "Arbeiterpartei" gegen einen Dritten. Wer aber ist dieser Dritte?! Nun, wer anders als die - Arbeiterklasse! Der Sinn all dieser Bündnisse, wie immer sie sich nennen, wie immer sie aufgezozen sind, ist kurz dieser: jedes Bündnis, jede Bündnispolitik der SP(RS)/KP mit der Bourgeoisie (mit Teilen der Bourgeoisie) geht darauf aus, "die allgemeine Not" auf Kosten der Massen, vor allem der Arbeitermassen zu überwinden, das heisst der Bourgeoisie auf Kosten der Massen helfen; die gesamte auf das Bündnis mit der Bourgeoisie (mit einem Teil derselben) ausgerichtete Politik der SP(RS)/KP läuft darauf aus!.

Das war der Sinn der sozialdemokratischen Koalitions politik von 1918 bis 1934. Ihre gegenwärtige Koalitions politik sucht die SP dahinter zu verbergen, als sei der Zweck ihres mit dem "anständigen" Teil des Bürgertums (mit den bürgerlichen "Werkstätigen") angestrebten Bündnisses der "Kampf gegen den Faschismus". RSZKP segeln im gleichen Fahrwasser. Wir haben im zweiten Kapitel gezeigt, dass die Bündnis politik mit der linken Bourgeoisie dem Faschismus in die Hände arbeitet (siehe Deutschland insbesondere!); dass der Faschismus letzten Endes ein Instrument der Bourgeoisie ist: ein Bündnis der Bourgeoisie gegen den Faschismus wäre gleichbedeutend mit einem Bündnis der Bourgeoisie - gegen die Bourgeoisie. Ein aufgelegter Unsinn.

Gewiss, dass Bürgertum manövriert zeitweilig gegen die faschisierten Massen, weil nicht alle Schichten der Kapitalistenklasse sich der Diktatur des Monopolkapitals ohneweiters unterordnen wollen; weil die Bourgeoisie das grosse Wagnis der faschistischen Diktatur nur auf sich nimmt, wenn alle anderen kapitalistischen Mittel gegeber der Krise des Kapitalismus versagen und weil sie dann auch den Zeitpunkt der Aufrichtung der faschistischen Diktatur selbst bestimmen will. Sie manövriert zeitweilig gegen die faschisierten Mittelmasse, aber sie sieht und hat in ihnen die stärkste Massenreserve gegen das Proletariat. Niemals also wird eine bürgerliche Partei mit einer wirklich proletarischen Partei ein Bündnis schliessen gegen die Monopolbourgeoisie, gegen die von dieser faschisierten Mittelmassen. Höchstens, dass eine kapitalistischen Partei die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie heranzieht, um mit ihrer Hilfe mehr oder weniger grosse Teile der Arbeitermassen hinter den Wagen der Bourgeoisie zu spannen, wodurch eben die Kapitalistenklasse leichter die Möglichkeit gewinnt, wenigstens vorübergehend gegenüber den faschisierten Mittelmasse kapitalistisch zu manövrierten.

Jede Koalition, jede Koalitions politik der kleinbürgerlich "sozialistischen" ("kommunistischen") Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern geht und muss gehen gegen die Arbeiterklasse. Wir haben schon im ersten Heft gezeigt, dass die Koalitions politik die verschiedenartigsten Formen annehmen kann: sie kann offen sein oder verdeckt; formell vereinbart sein oder rein tatsächlich; bewusst sein oder unbewusst vertrauensselig. Bei jahrelanger fortgesetzter Koalitions politik wie bei der SP, die seit 1918 bis 1934 im Bündnis mit bürgerlichen Parteien stand oder auf ein solches ausging und auch heute, trotz der eben durch diese Politik herbeigeführten Katastrophen, an dieser Grundlinie festhält kann natürlich von einer unbewusst vertrauensseligen Koalitions politik nicht mehr gesprochen werden. Die SP treibt diese Politik vollkommen bewusst und eben darum leistet sie das Maximum an Raffinement, um die Arbeiter durch Scheinradikalismus und Schwinde - "Realismus" darüber zu täuschen. Das gilt auch von RS/KP.

Die Pakte der Stalinbürokratie mit kapitalistischen Staaten gehen gegen die Weltrevolution, gegen das Weltproletariat, weil sie Bündnisse (Koalitionen) sind unter Preisgabe der proletarischrevolutionären Grundsätze, unter Preisgabe der proletarischen Klasseninteressen, der proletarischen Klassenlinie.

Das Kompromiss ist grundsätzlich zulässig und nur eine Frage der revolutionären Taktik -- dagegen das Bündnis der proletarischen Partei mit der Bourgeoisie (mit einem Teil der Bourgeoisie), die Koalition, die Koalitions politik - in den entwickelten kapitalistischen Ländern! - ist grundsätzlich unzulässig, ist Bündnis mit dem Klassenfeind - gegen die Arbeiterklasse.

Das Kompromiss ist eine prinzipiell zulässige, unter bestimmten Verhältnissen taktisch notwendige, zweckmäßige Form der proletarisch-revolutionären Aktion - die Koalition der proletarischen Partei mit einer bürgerlichen Partei, mit bürgerlichen Elementen (in den entwickelten kapitalistischen Ländern) dagegen ist keine Form des Kampfes gegen den Klassenfeind, sondern ist Bündnis mit dem Klassenfeind gegen die Arbeiterklasse. Die Koalition mit der Kapitalistenklasse oder einem Teil derselben (in den entwickelten kapitalistischen Ländern) ist Verrat an der Arbeiterklasse.

Das Bündnis setzt gewisse (wenn auch vorübergehende) gemeinsame Interessen voraus - das Kompromiss dagegen ist möglich mit jedem, auch wenn gemeinsame Interessen überhaupt nicht vorhanden sind, auch wenn es sich um einen dauernd hundertprozentigen Feind handelt; das Kompromiss spielt unter Zweien und ist als solches gegen keinen Dritten gerichtet - das Bündnis dagegen spielt unter Dreien und ist tatsächlich immer gegen einen Dritten gerichtet.

Versuchen wir uns den Unterschied zwischen Kompromiss und Koalition an einem derben Beispiel klar zu machen:

Ein Trupp von Arbeitern im Wald wird von einer bewaffneten Räuberbande angegriffen. Die Führung des Arbeitertrupps weiss, dass die Arbeiter keine Waffen bei sich haben. Unter solchen Umständen ist es durchaus zulässig und richtig, dass die Führung dafür eintritt, dass der Arbeitertrupp nachgibt und freiwillig diesen und jenen der Räubern ausliefert. Selbstverständlich in der Absicht, nachher Waffen, Verstärkung aufzutreiben und die energische Verfolgung der Räuber aufzunehmen.

Sollte sich nachher herausstellen, dass die Pistolen der Räuber nur aus Blech waren, so war das Kompromiss taktisch ein schwerer Fehler - eben weil die Führung des Arbeitertrupps die Lage schlecht eingeschätzt hatte - doch grundsätzlich war das Kompromiss zulässig.

Ganz anders bei der Koalition. Da ist die Führung des Arbeitertrupps von vornherein mit den Räubern im Einverständnis (oder ihr ganzes Sinnen ist auf die Herstellung eines solchen Einverständnisses gerichtet!) Hier liefern die Führer ihre Genossen verräterisch den Räubern aus, mit denen sie im Einverständnis sind; sie bekommen (vorher oder später) von den Räubern ein Trinkgeld, einen entsprechenden Anteil an der Beute. Selbstverständlich muss eine solche Führung den Arbeitertrupp über ihre verräterische Rolle täuschen, ihm das verräterische Bündnis als ein "realistisch" "unbedingt" "notwendiges Kompromiss" vorspiegeln. Aber es war überhaupt kein Kompromiss, sondern es war Verrat, es war Koalition, es war geheimes Einverständnis, es war tatsächliches Bündnis mit dem Klassenfeind gegen die Arbeiter, es war ein Hinarbeiten auf das Bündnis mit dem Klassenfeind gegen die Arbeiter. So steht es mit der Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Parteien und auch der Stalinparteien.

Das Kompromiss als Mittel zum Bündnis.

Kompromiss, Bündnis und proletarisch-revolutionäre Grundsätze.

Manchmal dient ein Kompromiss dazu, um ein taktisch notwendiges, taktisch zweckmäßiges Bündnis zu ermöglichen, zustandezubringen. In solchen Fälle gibt die proletarische Klassenpartei in einzelnen taktischen Forderungen - n i e m a l s in grundsätzlichen Fragen! - nach, macht Zugeständnisse (darin eben besteht das Kompromiss), um ein Bündnis zustandezubringen, etwa eine Einheitsfront mit den Menschewiken, Sozialrevolutionären, mit SP/SI, Stalinpartei/Stalininternationale, mit der sozialdemokratisch-stalinschen Einheitspartei/Einheitsinternationale. Hier wie überall, insbesondere beim Kompromiss und beim Bündnis gilt das leninsche Wort: Lasst den Schwächer mit P r i n z i p i a l n i c h t z u m a c h t k e i n e t h e o r e t i s c h e n "Zugeständnisse"!

II. Die Frage der grundsätzlichen Zulässigkeit des Bündnisses.

Ein Bündnis ist grundsätzlich nur zulässig mit Klassen (Schichten, Elementen), mit denen die Arbeiterklasse - wenn auch nur zeitweilig, wenn auch nur vorübergehend, wenn auch nur in Teilfragen - g e m e i n s a m e I n t e r e s s e n hat. Wo gemeinsame Interessen nicht bestehen, ist jedes Bündnis grundsätzlich unzulässig, ist Klassenverrat.

1. Unzulässigkeit des Bündnisses mit der Bourgeoisie!

Grundsätzlich unzulässig sind daher in den entwickelten kapitalistischen Ländern a l l e Bündnisse der proletarischen P a r t e i mit der Bourgeoisie oder Teilen derselben; grundsätzlich unzulässig, Klassenverrat sind daher alle sozialdemokratischen/stalinschen Koalitionen, alle sozialdemokratische/stalinsche Koalitionspolitik, das gesamte Streben der SP(RS)/KP auf Zustandekommen solcher Bündnisse (siehe darüber Näheres im ersten Kapitel, im Abschnitt über das grundsätzliche Verhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat). Die sozialdemokratische Koalitionspolitik stürzte die Arbeiterschaft von der Höhe der Jahre 1918/1919 in die Tiefe von 1934/1936.

Dagegen sind Bündnisse mit der Bourgeoisie in kapitalistisch unentwickelten Ländern (mit der Kolonialbourgeoisie zur Unterstützung des kolonialen Freiheitskampfes gegen den Imperialismus), Bündnisse mit der Bourgeoisie unterdrückter nichtimperialistischer Nationen (zur Unterstützung des nationalen Freiheitskampfes gegen die imperialistischen Unterdrücker) prinzipiell zulässig. Siehe darüber im ersten Kapitel den Abschnitt über die scheinbaren Ausnahmen vom Klassenkampfprinzip, ferner im elften Kapitel den Abschnitt über die Eroberung der kolonialen Volksmassen und der Volksmassen der unterdrückten nichtimperialistischen Nationen.

Bündnisse des proletarischen Staates mit kapitalistischen Staaten zur Ausnützung der Differenzen innerhalb der Weltbourgeoisie sind grundsätzlich zulässig. Siehe das Nähere darüber im ersten Kapitel im Abschnitt über die scheinbaren Ausnahmen vom Klassenkampfprinzip, ferner im dreizehnten Kapitel im Abschnitt über die Aussenpolitik des proletarischen Staates.

2. Zulässigkeit des Bündnisses mit der Mittelklasse!

Arbeiterklasse und Mittelklasse haben gewisse gemeinsame Interessen (siehe erstes Kapitel).

Grundsätzlich zulässig sind daher Bündnisse mit der Mittelklasse.

Also auch mit kleinbürgerlichen Parteien, die ganz oder zum Gross- teil aus Kleinbürgern (Kleinbauern) bestehen.

Also insbesondere auch mit den kleinbürgerlich "sozialistischen" ("kommunistischen", lies: stalinistischen) Parteien, worin die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie grosse Arbeitermassen hinter sich schleppen. Das grundsätzliche Ablehnen eines solchen Bündnisses ist ein prinzipieller Fehler (siehe Stalins "Klasse gegen Klasse" und "Sozialfaschismus").

Man benützt an Stelle des Wortes Bündnis auch die Bezeichnung Einheitsfront. Doch nur das Bündnis der proletarischen Klassenpartei mit den kleinbürgerlich "sozialistischen" ("kommunistischen") Parteien ist proletarisch Einheitsfront; denn nur dieses Bündnis verwickelt (unter den Bedingungen der Zersplitterung der Arbeiterschaft) deren einheitliche Mobilisierung in die Richtung auf die proletarische Einheit. Siehe darüber das Nähere im elften Kapitel über die Eroberung der Massen für die proletarische Revolution.

Jede andere Einheitsfront ist kleinbürgerliche oder gar kapitalistische Einheitsfront. Das Bündnis der SP/SI mit der Stalinpartei/Stalininternationale ist Einheitsfront, aber kleinbürgerliche Einheitsfront, weil deren Ziel nicht ist die proletarische Weltrevolution, sondern die Wahrung der eigensüchtigen, kleinbürgerlichen Interessen der sozialdemokratischen Bürokratie und Stalinbürokratie.---

Ein Bündnis ohne gemeinsame Interessen ist nur möglich durch List oder Gewalt.

Das erlistete Bündnis kann durchgeführt werden nur bei mangelndem oder geschwächtem Klassenbewusstsein einer Klasse. So suchen SP(RS)/KP die infolge der Katastrophe in ihrem Bewusstsein erschütterte Arbeiterklasse durch List zum Bündnis mit einem Teil der Kapitalistenklasse zu verführen; sie schwindeln Gross- und Mittelbauern, Mittel- und Kleinkapitalisten dem Proletariat als "Kleinbürger, Kleinbauern" vor, sie geben betrügerisch die linkskapitalistische Bürgerlichradikale Partei Frankreichs, Spaniens als "kleinbürgerliche Partei" aus usw.

Das durch Gewalt aufgezwungene Bündnis führt eine siegreiche Klasse durch, indem sie der besiegten Klasse die Klassenorganisation zerschlägt und sie mittels Terror in ihre Gefolgschaft, das heisst zum erzwungenen tatsächlichen Bündnis presst. So die Bourgeoisie nach ihrem faschistischen Sieg über die Arbeiterklasse.

In gewissen für die Bourgeoisie gefährlichen Lagen verführen SP(RS)/KP grosse Arbeitermassen in ein Bündnis mit der Linksbourgeoisie (erlistetes Bündnis), wofür diese bereitwillig Konzessionen zur Verfügung stellt. Diese Konzessionen (Lohnerhöhung, Vierzigstundenvoche, Betriebsgesetz usw.) sind nicht der Ausdruck irgendwelcher gemeinsamer Interessen zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse, sondern nur Lockmittel, um die Arbeiterschaft in die verräterische Kombination einzufangen. So wie der Regenwurm an der Angel nicht ein gemeinsames Interesse zwischen Fischer und Fisch ausdrückt, sondern nur den Köder des Fischers bildet, um den Fisch zu fangen,---

Bei der grossen Bedeutung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Mittelmassen hat sich Lenin über diese Frage sehr oft geäussert. Wir wollen eine Reihe seiner wichtigsten Aussprüche darüber anführen.

März 1905: "Martynow und die neue "Iskra" schrecken vor der dem Proletariat zusammen mit dem Bauerntum zufallenden Aufgabe der radikalsten demokratischen Umwälzung zurück, scheuen vor der sozialdemokratischen Führung dieser Umwälzung zurück und legen auf diese Weise, wenn auch unbewusst, die Interessen des Proletariats in die Hände der bürgerlichen Demokratie".

März 1905: "Subjektiv wollte Jaurès die Republik retten durch einen Pakt mit der bürgerlichen Demokratie. Die objektiven Bedingungen dieses "Experiments" bestanden darin, dass die Republik in Frankreich eine vollendete Tatsache war und ihr keine ernstliche Gefahr drohte, dass die Arbeiterklasse über die Möglichkeit der Entfaltung einer selbständigen politischen Klassenorganisation verfügte...; dass in Wirklichkeit die Arbeiterklasse objektiv bereits von der Geschichte vor die Aufgabe des sozialistischen Umsturzes gestellt worden war, von der die Millerands das Proletariat durch Versprechungen minimaler sozialer Reformen fortlockten... Die objektiven Bedingungen Russlands dagegen sind von denen Frankreichs himmelweit unterschieden. Objektiv hat der Gang der Dinge j e t z t das russische Proletariat vor die Aufgabe des demokratisch-bürgerlichen Umsturzes (dessen ganzen Inhalt wir der Kürze halber mit dem Wort Republik bezeichnen) gestellt; vor dieser Aufgabe steht das gesamte Volk, das heisst die Masse des Kleinbürgertums und der Bauernschaft; ohne diese Umwälzung ist eine einigermaßen weitgehende Entwicklung der selbständigen Klassenorganisationen für den sozialistischen Umsturz unmöglich.... Der Kampf für die Republik ist für das Proletariat undenkbar ohne das Bündnis mit der kleinbürgerlichen Masse des Volkes.... "Fürchtet Euch nicht, Euch zu besudeln durch die tatkräftigste, vor nichts halt machende Beteiligung an der republikanischen Umwälzung gemeinsam mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie.... Unter den Verhältnissen der revolutionär-demokratischen Diktatur werden wir Millionen und Abermillionen Besitzloser in Stadt und Land mobilisieren, aus der russischen politischen Revolution ein Vorspiel machen zu dem europäischen sozialistischen Umsturz".

März 1905: "Die Sozialdemokrati (so hiessen damals noch die Bolschewiken, der Verf.)... werden sich nicht scheuen, gemeinsam Hand in Hand mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie dem Feind (dem Zarismus) "Schläge" zu versetzen". --- Unter "revolutionärer bürgerlicher Demokratie" versteht Lenin: "die kleinbürgerliche Masse der armen Stadt- und Landbevölkerung", die "Halbproletarier", die "Masse der Halbproletarier und Halbunternehmer, das heisst die Masse der kleinbürgerlichen armen Stadt- und Landbevölkerung".

1905: "Die Durchführung dieser Reformen (Forderung der Republik, der Volksbewaffnung, der Trennung der Kirche vom Staat, der vollkommenen demokratischen Freiheiten, der entschlossenen ökonomischen Reformen) ist in der bürgerlichen Gesellschaft undenkbar ohne die revolutionär-demokratische Diktatur der unteren Klassen.... Die "unteren Klassen" sind der Motor jeder demokratischen Umwälzung"... Es sind dies "das Proletariat und die armen Städter, armen Dörfler, die eine kleinbürgerliche Existenz fristen".

1905: "Das Proletariat muss den demokratischen Umsturz zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich zieht, um den Widerstand des Absolutismus gewaltsam zu zertreten und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren --- Das Proletariat muss den sozialistischen Umsturz vollziehen, indem es an sich heranzieht die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung, um den Widerstand der Bourgeoisie gewaltsam zu zertreten und die schwankende Haltung des Bauerntums und des Kleinbürgertums zu überwinden".

August 1905: "Es versteht sich von selbst, dass zum Zwecke der Agitation und des Kampfes aus diesem Anlass (agitatorische Ausnützung des Boykotts der Duma oder der Wahlkampagne) vorübergehende Abmachungen mit dieser oder jener Gruppe der revolutionären bürgerlichen Demokratie besonders zweckmässig, wie sie durch eine Reihe von Beschlüssen unserer Partei überhaupt als zulässig erklärt worden sind".

August 1906: "Wir werden den 5. Parteitag einberufen, wir werden auf ihm beschliessen, dass im Falle der Wahlen ein Wahlabkommen für einige Wochen mit den Trudowiki (eine bürgerlich-demokratische Partei, der Verf.) notwendig ist".

November 1906: "Aus der Voraussetzung eines möglichst grossen Heranziehens des revolutionären Bauerntums an das Proletariat ergibt sich die allgemeine politische "Linie"; zusammen mit der bürgerlichen Demokratie gehen die verräterische "Demokratie" der Grossbourgeoisie (Kadetten)".

Oktober 1915: "Es ist Aufgabe des Proletariats Russlands, die bürgerliche Revolution zu Ende zu führen, um die sozialistische Revolution in Europa zu entfachen. Für die erste Aufgabe ist das kleinbürgerliche Bauerntum, für die zweite das Proletariat der anderen Länder, das für das Zusammengehen in Betracht kommt".

März 1917: "Das Proletariat hat zwei Verbündete. Erstens die breite Millionen und Abermillionen zählende überwiegende Majorität der Bevölkerung, der Masse der halbproletarischen und zum Teil kleinbäuerlichen Bevölkerung Russlands... Diese Massen müssen wir jetzt, die Freiheit des neuen Regimes und der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten ausnützend, vor allem am meisten suchen zuzuklären und zu organisieren. Sowjets der bürgerlichen Deputierten, Sowjets der Landarbeiter - das gehört zu den dringendsten Aufgaben. Unser Bestreben muss dabei nicht nur dahin gehen, dass die Landarbeiter ihre

eigenen Sowjets bilden, sondern auch dahin, dass die besitzlosen und ärmsten Bauern sich getrennt von den wohlhabenden Bauern organisieren.... Zweitens ist der Verbündete des russischen Proletariats das Proletariat aller kriegsführenden Länder und überhaupt aller Länder.... Mit diesen beiden Verbündeten kann und wird das Proletariat Russlands durch Ausnützung der Eigentümlichkeiten des jetzigen Übergangsmomentes zur Eroberung zuerst der demokratischen Republik und des vollen Sieges des Bauerntums über die Gutzbesitzer schreiten und dann zum Sozialismus, der allein dem vom Kriege zermarterten Volke bringen wird: Frieden, Brot und Freiheit=.

Ende November 1917: "Nur das Proletariat und das Bauerntum sind imstande, die Monarchie zu stürzen - so lautete in jener Zeit die Grundformel unserer Klassenpolitik --- Nur das Proletariat und unter seiner Führung die armsten Bauern (Halbproletarier) können gemeinsam den Krieg durch einen demokratischen Frieden beenden, die Wunden des Krieges heilen und die notwendigen Schritte zum Sozialismus unternehmen - so lautet die Definition unserer Klassenpolitik jetzt".

1920: "Seit 1905 haben wir planmässig das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft gegen die liberale Bourgeoisie und den Zarismus verfochten ohne die Unterstützung der liberalen Bourgeoisie gegen den Zarismus abzulehnen (zum Beispiel im zweiten Wahlgang oder bei den Stichwahlen). 1907 bei den Wahlen zur Duma schlossen wir Bolschewiki auf kurze Zeit einen formellen politischen Block mit den "Sozialrevolutionären"... Während des Krieges sind wir ein Kompromiss mit den "Kautskyanern", linken Menschewiken (Martow), einem kleinen Teil der Sozialrevolutionäre eingegangen. Wir sassen mit ihnen in Zimmerwald und Kienthal, gaben mit ihnen Manifeste heraus"....

"Henderson, Clynes, Macdonald, Snowden sind durch und durch Reaktionsäre ... und ziehen eine Koalition mit der Bourgeoisie vor (dem die Macht selbst in die Hand nehmen)... und werden an der Macht so wie Scheidemann und Noske handeln: daraus folgt keineswegs, dass die Unterstützung dieser Leute eine Verrat an der Revolution ist... Wir müssen den Henderson und Snowden helfen, die vereinigten Lloyd und Churchill zu besiegen.... Wir müssen Henderson und Snowden helfen, Lloyd George und Churchill zu schlagen (oder genauer gesagt: jene zwingen zu schlagen, denn die Ersten fürchten ihren Sieg!)... Ich will konkret sprechen:.... Die Kommunistische Partei Englands schlägt den Henderson und Snowden ein Wahlabkommen vor: gemeinsamer Kampf gegen den Block Lloyd Georges mit den Konservativen, Verteilung der Parlamentssitze entsprechend der Zahl der von den Arbeitern für die Arbeiterpartei oder die Kommunisten abgegebenen Stimmen (nicht bei den Wahlen, sondern bei einer besonderen Abstimmung), Aufrichterhaltung der vollen Freiheit der Agitation, Propaganda, politischen Tätigkeit. Ohne die letzte Bedingung wird man sich natürlich nicht in den Block einlassen, das wäre Verrat".

Nach 1920: Immer wieder hat Lenin bis zu seinem Tode als eine der Grundbedingungen der leninschen Politik verkündet: das Bündnis mit der armen Bauernmasse, die Notwendigkeit die Mittelbauern durch Entgegenkommen zu neutralisieren, den erbitterten, unversöhnlichen Kampf gegen die Grossbauern (Kulaken).

III. Die grundsätzlichen Durchführungsbedingungen jedes Bündnisses.

Nur wenn und solange gemeinsame Interessen gegeben sind, sind Bündnisse mit anderen Klassen (Klassenteilen) grundsätzlich zulässig. Doch damit ein prinzipiell zulässiges Bündnis dem Weltproletariat wirklich nütze, müssen auch die Durchführungsbedingungen des Bündnisses in jedem Punkte den proletarisch-revolutionären Grundsätzen entsprechen! Insbesondere also sind Grundbedingung jedes Bündnisses sowohl der Klassenpartei (des proletarisch-revolutionären Kernes), als auch des proletarischen Staates:

Erstens: Vollkommene Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der proletarischen Klassenpartei (des bereits verselbstständigten proletarisch-revolutionären Kernes). Die selbstständige Partei (der selbstständige Kern) muss zum Beispiel über die eigene Presse verfügen, sonst ist die Unabhängigkeit verloren.

Zweitens: Dauerndes, unverrückbares Festhalten an der proletarischen Klassenlinie, an allen proletarisch-revolutionären Grundsätzen überhaupt ohne Ausnahme:

a) Das Bündnis darf nicht dem Klassenkampfprinzip widersprechen: es darf keine Verpflichtung enthalten zum Einstellen des revolutionären Kampfes, zum Einstellen der revolutionären Propaganda in Armee und Flotte, es darf keine Bestimmung enthalten, die der Klassenpartei (dem revolutionären Kern) die Hände bindet für den revolutionären Kampf. Es darf mit keinem Verzicht auf die Propaganda für die Klassenpartei, für die Vierte Internationale verknüpft sein, wogegen die trotzkistischen Gruppen, die in die SP eintreten verstoßen müssen.

ihres Angeh.

in

b) Es darf dem revolutionären Internationalismus nicht widersprechen: es darf nicht ausgerichtet sein auf rein nationale Ziele, auch nicht auf den Aufbau eines angeblichen "Sozialismus" in einem Lande.

c) Es darf keinen Verzicht enthalten auf das Recht zur revolutionären Kritik, Propaganda, zur selbstständigen politischen Tätigkeit.

Niemals darf das Bündnis den formellen oder tatsächlichen Verzicht auf den Kampf für die kommunistischen Endziele bedeuten. Der Verzicht auf die revolutionäre Kritik, Propaganda, politische Tätigkeit ist tatsächlicher Verzicht auf den Kampf für die kommunistischen Endziele.

Niemals darf das Bündnis, weder formell noch faktisch, den Verzicht bedeuten auf den unablässigen Kampf gegen den Opportunismus. Der Verzicht auf die revolutionäre Kritik, Propaganda, politische Tätigkeit im Bündnis mit den kleinbürgerlich "sozialistischen" ("kommunistischen") Parteien, also im Bündnis z.B. mit SP/SI, Stalinpartei/Stalininternationale, sozialdemokratisch-stalinschen Einheitspartei/Einheitsinternationale, bedeutet faktischen Verzicht auf den Kampf gegen den Opportunismus.

Das stalinsche Schwindelargument, dass die Stalinpartei/Stalininternationale derartige verräterische Bedingungen "nur zum Schein" eingehe, ist bewusster Betrug an der Arbeiterschaft. Proletarischrevolutionäre Politik darf niemals davon ausgehen, dass der Gegner, sei er auch vorübergehend Verbündeter, so dumm sei, sich durch Schwindeleien täuschen zu lassen. Die proletarischen Revolutionäre müssen im Gegenteil immer davon ausgehen, dass der Gegner (auch der verbündete Gegner) mindestens so klug ist, wie sie selbst. Nicht der Gegner wird durch solche Schwindeleien irreggeführt, sondern die Arbeitermassen, die mittels dieses Schwindels in ein verräterisches Bündnis geködert werden.

Drittens: Volle Klarheit über das Bündnis vor den Arbeitermassen! Das heisst:

a) Genaueste klassenmässige Kennzeichnung des Verbündeten vor den Arbeitermassen! Keine verschwommenen Bezeichnungen wie "Volk, Bauern, Werktätige, Antifaschisten" und dergleichen, solche Bezeichnungen stets klassenmässig scharf legen! Die Arbeitermassen müssen genau wissen, mit wem k l a s s e n m ä s s i g das Bündnis geschlossen werden soll. Auch den Schwindel nicht zulassen, dass den Arbeitern, Grossbauern, Mittelbauern, Mittelkapitalisten, Kleinkapitalisten und dergleichen als "Kleinbauern, Kleinbürger" hingestellt werden!

b) Den Massen klar sagen für welche gemeinsamen Interessen das Bündnis geschlossen wird!

c) Immer wieder vor den Massen dem Verbündeten scharf auf die Finger sehen, ob er die Vereinbarungen auch wirklich einhält!

d) Auf das Klarste vor den Massen von vorneherein hervorheben, was die proletarischrevolutionäre Partei (den proletarischrevolutionären Kern) vom Verbündeten (von den Verbündeten) u n t e r s c h e i d e t! Klar unsere über die Ziele des Verbündeten hinausgehenden selbstständigen, proletarischrevolutionären K l a s s e n z i e l e betonen!

e) Von vorneherein bei den Massen keinen Zweifel darüber lassen, dass das Bündnis nur v o r u b e r g e h e n d ist! Die Arbeiter mit aller Deutlichkeit darauf vorbereiten, dass der heutige Verbündete nach Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben der Gegner von morgen der Arbeiterschaft sein wird; dass das Proletariat seine weitergehenden Ziele im Kampf gegen seine heutigen Verbündeten durchzusetzen haben wird; insbesondere also im Bündnis der proletarischen Klassenpartei mit den kleinbürgerlich "sozialistischen" ("kommunistischen") Parteien, das ist mit der SP/SI, Stalinpartei/Stalininternationale, Sozialdemokratisch-Stalinsche Einheitspartei/Einheitsinternationale nach Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben diese als G e g n e r der Aufrichtung der proletarischen Diktatur gegen sich haben wird; dass die Massen die Diktatur des Proletariats nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen diese ihre vorübergehenden Verbündeten zu erkämpfen haben werden.

Lenin über die prinzipiellen Durchführungsbedingungen eines jeden Bündnisses.

März 1905: "Der Sozialdemokrat wird natürlich niemals die zweispaltige politisch-ökonomische Natur der kleinbürgerlichen städtischen und ländlichen Massen ausser acht lassen und er wird niemals die Notwendigkeit der getrennten und selbstständigen Klassenorganisation des Proletariats, das für den Sozialismus kämpft, ausser acht lassen".... "Sich nicht scheuen, gemeinsam Hand mit der revolutionär-bürgerlichen Demokratie dem Feind (dem Zarismus, Feudalismus) "Schläge" zu versetzen, aber unter der "B e d i n g u n g, dass die Organisation nicht vermennt wird. Getrennt marschieren, vereint schlagen, die Verschiedenheit der Interessen nicht verhehlen, seine Verbündeten als seine Feinde scharf im Auge behalten!"

März 1905: "Würde die Sozialdemokratie auch nur einen Augenblick lang die Klassenscheidung des Proletariats vom Kleinbürgertum vergessen, würde es zur unrichtigen Zeit einen für uns unvorteilhaften Pakt mit irgendeiner

nicht vertrauenerweckenden kleinbürgerlichen Intellektuellen-Partei schließen, würde die Sozialdemokratie auch nur einen Augenblick ihre selbständigen Ziele ausser acht lassen und die Notwendigkeit (unter allen politischen Situationen und Konjunkturen, bei allen politischen Wendungen und Biegungen) von der Entwicklung des Klassenbewusstseins des Proletariats und seiner selbstständigen politischen Organisation auszugehen - dann wäre die Beteiligung an der provisorischen Regierung ausserst gefährlich".

August 1905: "Es versteht sich von selbst, dass zum Zwecke der Agitation und des Kampfes aus diesem Anlass (agitatorische Ausnützung des Boykotts der Duma und der Wahlkampagne) vorübergehende Abmachungen mit dieser oder jener Gruppe der revolutionären Demokratie zweckmässig sind, wie sie durch eine Reihe von Beschlüssen unserer Partei überhaupt als zulässig erklärt worden sind. Dabei müssen wir einerseits und ununterbrochen den Klassencharakter der Partei des Proletariats wahren und keinen Augenblick lang die sozialdemokratische (Lenin meint damit natürlich: die proletarisch-revolutionäre, der Verf.) Kritik an unseren bürgerlichen Verbündeten unterlassen!"

November 1905: "Die Wahrung der prinzipiellen und politischen Selbständigkeit der Partei des Proletariats ist die beständige, unveränderliche und unbedingte Pflicht der Sozialisten. Wer diese Pflicht nicht erfüllt, der hört in Wirklichkeit auf Sozialist zu sein, so aufrichtig seine "sozialistischen" (in Worten sozialistischen) Überzeugungen auch sein mögen".

August 1906: "Wir werden den 5. Parteitag einberufen, wir werden auf ihm beschliessen, dass im Falle der Wahlen ein Wahlabkommen für einige Wochen mit den Trudowiki (eine bürgerlich-demokratische Partei, d. Verf.) notwendig ist... Unsere grundlegende Aufgabe ist die Entfaltung des Klassenbewusstseins und der selbstständigen Klassenorganisation des Proletariats, als der einzigen revolutionären Klasse, als des einzig möglichen Führers in der siegreichen bürgerlich-demokratischen Revolution, deshalb gehört die Klassenselbständigkeit unserer ganzen Wahl- und Dumakampagne zu unseren wichtigsten Aufgaben... Dem müssen alle anderen Aufgaben untergeordnet werden".

November 1906: "Die Sozialdemokratie muss jedem Verbündeten aus der bürgerlichen Demokratie auf die Finger schauen wie einem Feinde".

1920: "Ich will konkret sprechen. Die Kommunistischen Partei Englands schlägt den Henderson und Snowden ein Wahlabkommen vor: gemeinsam kämpfen gegen den Block Lloyd George mit den Konservativen, Verteidigung der Parlamentssitze entsprechend der Zahl der von den Arbeitern für die Arbeiterpartei und die Kommunisten abgegebenen Stimmen (nicht bei den Wahlen, sondern in einer besonderen Abstimmung), Aufrechterhaltung der vollen Freiheit der Agitation, Propaganda und politischen Tätigkeit. Ohne die letzte Bedingung darf man sich natürlich nicht auf einen Block einlassen, das wäre Verzicht auf die volle Freiheit der Entlarvung der Henderson und Snowden müssen die englischen Kommunisten ebenso unbedingte verfechten und durchsetzen, wie die russischen Bolschewiken 15 Jahre lang 1903-1917 gegenüber den russischen Henderson und Snowden, das heisst gegenüber den Menschewiken... Wir würden unsere Kandidaten in einer ganz geringen Zahl durchaus verlässlicher Bezirke aufstellen, das heisst dort wo das Aufstellen unserer Kandidaten den Liberalen nicht zum Sieg über den Kandidaten der Arbeiterpartei verhelfen würde. Wir würden eine Wahlagitation führen, Flugblätter verbreiten zu Gunsten des Kommunismus und in allen Bezirken, wo wir keine eigenen Kandidaten aufstellen, empfehlen, für den Kandidaten der Arbeiterpartei gegen die Bourgeoisie zu stimmen. Den englischen Kommunisten fällt es jetzt schwer, auch nur an die Massen heranzukommen, sich bei ihnen auch nur Gehör zu verschaffen. Wenn ich als Kommunist auftrete und erkläre, dass ich auffordere für Henderson gegen Lloyd George zu stimmen, so wird man mich gewiss anhören. Und ... ich werde auch erklären können, dass ich Henderson durch meine Stimme ebenso unterstützen möchte, wie der Strick den Gehängten".

Beispiele des Verstossens gegen die prinzipiellen Durchführungsbedingungen eines an sich grundsätzlich zulässigen Bündnisses.

a) Bündnis der KP Ungarns mit der ungarischen SP 1919: Preisgabe der organisatorischen Selbständigkeit der KP.

b) Bündnis der KP Chinas mit der chinesischen Kapitalistenpartei: Preisgabe der Selbständigkeit der KPCH durch den (von Stalin erzwungenen) Eintritt in die Kuomintang.

c) Bündnis der KP Frankreichs mit der französischen SP, abgeschlossen 1934: Preisgabe des Rechtes auf Kritik (gegenseitiger "Nichtangriffspakt" zwischen SP/Stalinpartei). Ähnliche "Nichtangriffspakte" zwischen den beiden wurden auch in anderen Ländern geschlossen.

d) Russisch-französisches und russisch-tschechoslowakisches Bündnis: Preisgabe des revolutionären Internationalismus; Preisgabe des revolutionären Klassenkampfes gegen die französische Bourgeoisie, gegen den französischen Kapitalistenstaat durch die KPF, gegen die tschechoslowakische Bourgeoisie, gegen den tschechoslowakischen Kapitalistenstaat durch die KPC (Verzicht auf die revolutionäre Propaganda, insbesondere in der Armee, Eintreten für die

französisch-kapitalistische und tschechoslovakisch-kapitalistische Armee, KPF und KPC beziehen die sozialpatriotische Position, Eintreten für die französisch-kapitalistische und tschechoslovakisch-kapitalistische Landesverteidigung.

e) Bündnis trotzkistischer Gruppen mit der SP (durch Eintritt in diese Partei) unter Verzicht auf die eigene organisatorische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, unter Verzicht der eintretenden Gruppe auf die Propaganda für die proletarische Klassenpartei, für die Vierte Internationale.

IV. Die taktische Zweckmäßigkeit eines Bündnisses.

Auch wenn ein Bündnis grundsätzlich zulässig ist und auch wenn es allen prinzipiellen Durchführungsbedingungen entspricht, dann bleibt noch immer die taktische Frage: ob, wann, wie, wie lange usw. das Bündnis zweckmäßig ist! Diese Frage muss in jedem einzelnen Fall nach allen Lehren der revolutionären Strategie und Taktik geprüft und beantwortet werden.

So sagt Lenin über das Wie zum Beispiel 1905 im März: "...Nicht zur unrichtigen Zeit einen für uns unvorteilhaften Pakt mit irgendeiner kleinbürgerlichen Intellektuellen-Partei schliessen=...und im März 1907: Wir müssen das Bündnis mit der Masse der Halbproletarier und zum Teil kleinbäuerlichen Bevölkerung Russlands herstellen..." "Unser Bestreben muss dabei ... dahin gehen, dass die besitzlosen und ärmsten Bauern sich getrennt von den wohlhabenden Bauern organisieren..."

Das Bündnis der KPD mit der SPD-Linken 1923 in Deutschland war zulässig, aber seine Durchführung widersprach der revolutionären Strategie und Taktik: Zum Beispiel in Bezug auf das Wie: die KPD unter der Führung der Brandlerfraktion hatte die durch die Ruhrbesetzung und die Inflation geschaffene Lage und deren Perspektiven unterschätzt und viel zu spät erfasst, infolge dessen mit der revolutionären Mobilisierung der Massen viel zu spät eingesetzt, so dass sie praktisch unwirksam war. Auf diese Weise frei von jedem Massendruck behielt die SPD ihre opportunistische Handlungsfreiheit, sie vermochte die KPD in ihr opportunistisches Wasser zu ziehen, es war eine reine - "Einheitsfront nur von oben" (siehe darüber Näheres im elften Kapitel).

V. Die Formen des Bündnisses.

Das Bündnis kann in aller Form vereinbart oder stillschweigend, offen oder verdeckt (maskiert), bewusst sein oder unbewusst tatsächlich, unbewusst vertrauensselig. (Selbstverständlich kann man von einem unbewusst vertrauensseligen Bündnis nicht mehr reden, wenn es durch Jahre hindurch fortgesetzt wird, obwohl dabei das Proletariat Schlag auf Schlag erhält und immer tiefer gedrückt wird, wie zum Beispiel bei der sozialdemokratischen, stalinischen Bündnispolitik. Es gibt erlittene und erpresste Bündnisse.

Es gibt Bündnisse ausserhalb und in der Regierung.

Es gibt Bündnisse im Frieden und Bündnisse im Krieg ("Landesverteidigung, Burgfrieden, Heilige Einheit, Nationale Einheit, Französische Front").

Die Tolerierungspolitik ist eine Art des Bündnisses; sie kann in allen Bündnissen auftreten.

Die Taktik des kleineren Übels ist ebenfalls eine Art des Bündnisses; sie kann alle Formen des Bündnisses annehmen.

An sich ist weder die Tolerierungspolitik, noch die Taktik des kleineren Übels falsch, nur müssen sie allen Anforderungen entsprechen 1. der grundsätzlichen Zulässigkeit, 2. den prinzipiellen Durchführungsbedingungen eines jeden Bündnisses, 3. der revolutionären Strategie und Taktik.

Die sozialdemokratische/stalinische Tolerierungspolitik ist Klassenverrat: weil sie ein tatsächliches Bündnis ist mit dem Klassenfeind der Arbeiter, mit der Bourgeoisie.

Die sozialdemokratische/stalinische Taktik des kleineren Übels ist Klassenverrat, weil sie Bündnis ist, ob formell oder tatsächlich, mit dem Klassenfeind. Daran wird nichts geändert, wenn diese Taktik zwischen Bonapartismus und Faschismus geübt wird. Denn beide sind nur verschiedene Formen der Politik ein und derselben Klasse, eben der Kapitalistenklasse. Ein Bündnis mit dem Bonapartismus "zur Verhinderung des Faschismus" ist in Wirklichkeit ein Bündnis mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Die Arbeiterklasse kann nicht und darf nicht das Bündnis suchen mit der Bourgeoisie, sondern sie muss es einzig und allein suchen mit den von derselben kapitalistischen Offensive gepeinigten Mittelmassen. Dieses Bündnis aber kann sie nur herbeiführen, verwirklichen, erkämpfen, durch den konsequenten revolutionären Kampf gegen die Kapitalistenklasse, also gegen den Faschismus und den Bonapartismus.

VI. Die loyale Opposition.

Sie ist eine besondere Bündnisform und kann alle Formen des Bündnisses annehmen.

Die loyale Opposition besteht in dem Versprechen, für eine gewisse Zeit auf den gewaltsamen Sturz der Regierung zu verzichten.

Als ein Bündnisform muss die loyale Opposition allen Anforderungen eines jeden Bündnisses entsprechen: also 1. der grundsätzlichen Zulässigkeit, 2. den prinzipiellen Durchführungsbedingungen eines jeden Bündnisses, 3. der revolutionären Strategie und Taktik.

Im September 1917 hatte Lenin eine solche loyale Opposition ins Auge gefasst (weil sich die Möglichkeit zeigte einer friedlichen Entwicklung der Revolution). Darnach hätten die Bolschewiki, ohne auf die Beteiligung an der Regierung Anspruch zu erheben, auf die sofortige Aufstellung der Forderung des Übergangs der Macht an das Proletariat und die armen Bauern, auf revolutionäre Methoden des Kampfes für diese Forderung (zeitweilig, der Verf.) verzichtet. Bedingung sollte sein die vollkommene Freiheit der Agitation für die Bolschewiken und die Einberufung der konstituierenden Versammlung ohne neue Verzögerung oder sogar zu einem früheren Termin. Die Menschewiken und Sozialrevolutionäre sollten sich darnach als Regierungsblock einverstanden erklären, eine Regierung zu bilden, die vollständig und ausschließlich den Räten verantwortlich wäre, wobei auch in der Provinz die ganze Macht auf die Räte übergehen müsste. Die Bolschewiken hätten keine weiteren Bedingungen gestellt. Sie hätten sich darauf verlassen, dass eine tatsächliche vollständige Agitationsfreiheit und die unverzügliche Verwirklichung des neuen Demokratismus bei der Zusammensetzung der Räte (Neuwahlen) und in ihrem Wirken die friedliche Vorwärtswentwicklung der Revolution und ein friedliches Erlöschen des Parteikampfes innerhalb der Räte ganz von selbst sichern würde... Es ist nicht dazu gekommen. Lenin hat den Vorschlag praktisch nicht mehr gemacht (aber nachher veröffentlicht), weil inzwischen die Menschewiken wie die Sozialrevolutionäre handgreiflich bewiesen hatten, dass sie unter allen Umständen mit der Bourgeoisie zu gehen entschlossen waren und in der Tat auch gingen.

Als 1920 über das Bündnis zwischen KPD und dem linken Flügel der USPD verhandelt wurde, wurde die Frage der "loyalen Opposition" gegenüber einer Regierung Scheidemann-Kautsky-Crispien neuerlich aufgeworfen. Lenin erklärte scharf, man dürfe eine Regierung der Sozialverräter nicht als "sozialistische" Regierung bezeichnen, aber eine loyale Opposition gegenüber einer Regierung der Sozialverräter erklärte er für durchaus zulässig:

"Solange die Mehrheit der städtischen Arbeiter den Unabhängigen (der USPD) Gefolgschaft leistet, können wir Kommunisten diese Arbeitern nicht hindern, ihre letzten kleinbürgerlich-demokratischen (das heisst ebenfalls "bürgerlich-kapitalistischen") Illusionen durch die Erfahrung mit "ihrer" Regierung zu überwinden"... Die loyale Opposition würde also darin bestehen, "dass man für eine gewisse Zeit auf den gewaltsamen Sturz einer Regierung verzichtet, der die Mehrheit der städtischen Arbeiter Vertrauen schenkt".

Es ist durchaus möglich, dass der kommende Gang der Dinge in seinem weiteren Verlauf eine Phase bringt, wo die loyale Opposition für eine gewisse Übergangszeit eine zweckmässige Taktik der proletarischen Klassenpartei sein wird gegenüber einer sozialdemokratischen ("sozialistischen"), stalinistischen ("kommunistischen") Regierung oder einer sozialdemokratisch-stalinischen Koalitionsregierung.

VII. Das Bündnis in der Regierung (die Frage der Beteiligung an der Regierung).

Die offenkundigste Form des Bündnisses ist das Bündnis in der Regierung, die Bildung einer gemeinsamen Regierung, die Beteiligung an einer Regierung. Hier gelten dieselben Anforderungen, die an jedes Bündnis gestellt werden müssen: 1. Die Frage der grundsätzlichen Zulässigkeit; 2. Alle prinzipiellen Durchführungsbedingungen eines jeden Bündnisses müssen erfüllt sein; 3. Allen Anforderungen der revolutionären Strategie und Taktik muss entsprochen sein. Daraus folgt:

a) Die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit der Bourgeoisie, mit Teilen derselben, mit bürgerlichen Elementen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung (Koalitionsregierung, "Volks"frontregierung, Koalitionsregierung, "Volks"regierung und dergleichen) ist unter allen Umständen grundsätzlich unzulässig, ist Klassenverrat; denn schon die bloße Koalition mit der Bourgeoisie ohne Regierungsbeteiligung ist prinzipiell unzulässig, ist Klassenverrat, gilt erst recht für die Koalitionsregierung. Das was im ersten Kapitel über die scheinbaren Ausnahmen vom Klassenkampfprinzip gesagt wurde, gilt ebenfalls für die Bildung einer gemeinsamen Regierung im revolutionären Freiheitskampf der kolonialen Volksmassen gegen den Imperialismus und im nationalrevolutionären Freiheitskampf unterdrückter nichtimperialistischer Nationen gegen ihre imperialistischen Unterdrücker. Selbstverständlich muss gerade hier all das, was im Abschnitt über die prinzipiellen Durchführungsbedingungen eines jeden Bündnisses angeführt wurde, mit aller Strenge eingehalten werden,

b) Dagegen ist die Bildung einer zeitweiligen gemeinsamen Regierung mit der Mittelklasse, mit einem Teil derselben, mit kleinbürgerlichen (klein-

bäuerlichen) Parteien, mit kleinbürgerlichen (kleinbäuerlichen) Elementen, insbesondere mit kleinbürgerlich "sozialistischen" ("kommunistischen") Parteien grundsätzlich zulässig; selbstverständlich unter Einhaltung der prinzipiellen Durchführungsbedingungen eines jeden Bündnisses und aller Anforderungen der revolutionären Strategie und Taktik.

Prüfen wir diese so überaus wichtige Frage im Lichte der geschichtlichen Erfahrung.

A. Das Proletariat noch v o r der Aufgabe der b ü r g e r - l i c h e n Revolution .

Hören wir Lenin.

März 1905: "Die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an der provisorischen Revolutionsregierung ist aktuell geworden... Ist es denn nicht klar, dass der Kampf um die Republik undenkbar ist ohne ein Bündnis mit den kleinbürgerlichen Massen des Volkes?... (Um eventuelle Missverständnisse zu vermeiden, bemerken wir nochmals ausdrücklich, dass wir unter "Republik" nicht allein und sogar nicht so sehr eine Regierungsform verstehen, als die Gesamtheit der demokratischen Reformen unseres Programms).... Wird der russische Absolutismus jetzt gestürzt werden, so wird offenbar eine gigantische Anspannung der revolutionären Energie aller vorgeschrittenen Klassen erforderlich sein, um diese Erungenschaft zu behaupten. Und dieses Behaupten ist nichts anderes als die revolutionäre Diktatur des Proletariats und des Bauerntums!" (Die provisorische Revolutionsregierung, sagt Lenin an anderer Stelle, ist die Rechtsform, die revolutionäre Diktatur des Proletariats und des Bauerntums der Klasseninhalt der provisorischen Revolutionsregierung; d. Verf.).... "Freilich würde die Sozialdemokratie auch nur einen Augenblick lang die Klassenscheidung des Proletariats vom Kleinbürgertum vergesse, würde sie zur unrichtigen Zeit einen für sie unvorteilhaften Pakt mit irgendeiner nicht Vertrauen erweckenden kleinbürgerlichen Intellektuellen-Partei schließen, würde die Sozialdemokratie nur einen Augenblick lang ihre selbständigen Ziele ausseracht lassen und die Notwendigkeit (unter allen politischen Situationen und Konjunkturen, bei allen politischen Wendungen und Biegungen) von der Entwicklung des Klassenbewusstseins des Proletariats und seiner selbständigen politischen Organisation auszugehen - d a n n wäre die Beteiligung an der provisorischen Revolutionsregierung äusserst gefährvoll... Fürchtet euch nicht, euch zu besudeln durch die tatkräftigste, vor nichts haltmachende Beteiligung an der republikanischen Umwälzung gemeinsam mit der revolutionär-bürgerlichen Demokratie.... Unter den Verhältnissen der revolutionär-demokratischen Diktatur werden wir Millionen und Abermillionen Besitzloser in Stadt und Land mobilisieren, werden wir aus der russischen politischen Revolution ein Vorspiel machen zum europäischen sozialistischen Umsturz".

August 1906: "Wir dürfen unter keinen Umständen die Lösung der Einberufung der konstituierenden Versammlung auf revolutionärem Wege, das heisst mit Hilfe einer provisorischen Revolutionsregierung, ausschalten oder vertuschen".

November 1906: "Das Proletariat ist der einzige mögliche Führer einer siegreichen bürgerlich-demokratischen Revolution".

Oktober 1915: "Die Beteiligung an der provisorischen Regierung mit dem demokratischen Kleinbürgertum gilt nach wie vor für zulässig, jedoch nicht mit den revolutionären Chauvinisten".

B. Das Proletariat v o r der Aufgabe der p r o l e t a r i - s c h e n Revolution.

September 1917: "Die Beteiligung an der Regierung ist für einen Internationalisten ohne die tatsächliche Verwirklichung der Bedingungen für die Diktatur des Proletariats und der armen Bauern u n m ö g l i c h".

Daher lehnten die Bolschewiken jede Beteiligung an der Regierung ab, sie waren höchstens zu einer zeitweiligen loyalen Opposition gegenüber der Regierung bereit, wenn die kleinbürgerlichen Parteien (Sozialrevolutionäre und Menschewiken) diese Regierung unter Ausschaltung der Bourgeoisie bilden und diese Regierung zugleich vollständig und ausschliesslich der Verantwortlichkeit des Arbeiterrates unterworfen ist (was diese bekanntlich nicht taten; sie schlossen lieber die Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie).

Dem widerspricht nicht, sondern entspricht vollkommen, dass die Bolschewiken 1917 in der Exekutive des Arbeiterrates eine zeitlang gemeinsam mit den Menschewiken und Sozialrevolutionären sasssen. Dem widerspricht nicht, sondern entspricht vollkommen, dass die Bolschewiken 1917 nach der proletarischen Machaufrichtung eine Regierung der proletarischen Diktatur gemeinsam mit den Linken Sozialrevolutionären bildeten.

Grundfalsch ist die Beteiligung an einer parlamentarischen Regierung (z.B. der KPD 1923 in Sachsen und Thüringen mit der SPD-Linken, was eine der Hauptursachen der Oktoberniederlage 1923 war). Von einer tatsächlichen

Verwirklichung der Bedingungen für die Diktatur des Proletariats und der armen Bauern ist und kann bei einer parlamentarischen Regierung niemals die Rede sein. (Tatsächlich war auch 1923 in Sachsen-Thüringen keine Spur davon). Es wird im Gegenteil die schädliche Illusion hervorrufen, als sei es möglich, auf parlamentarischem Wege zur Diktatur des Proletariats zu gelangen.

Die Massen erwarten, müssen erwarten, dass die proletarische Klassenpartei in der Regierung ihr kommunistisches Programm zu erfüllen beginne; das kann die Klassenpartei jedoch in einer parlamentarischen Regierung unter keinen Umständen; denn dabei bleibt der kapitalistische Staatsapparat dem Wesen nach weiter bestehen; die Beteiligung an einer parlamentarischen Regierung muss zwangsläufig die proletarische revolutionäre Sache, muss die Klassenpartei selbst auf das schwerste Kompromittieren, schwächen, schädigen.

Wie unter den verschiedensten scheinrevolutionären Formen beide kleinbürgerlich "sozialistische" ("kommunistische") Parteien - dasselbe gilt von der sozialdemokratisch-stalinistischen Einheitspartei - in Österreich, Deutschland usw. auf die Bildung von Koalitionsregierungen hinarbeiten, bei denen von einer tatsächlichen Verwirklichung der Bedingungen der Diktatur des Proletariats und der armen Bauern keine Rede sein kann, das haben wir bereits im zweiten Kapitel im Abschnitt über die Formen der Schwindeldiktatur dargestellt. In neuester Zeit hat die SP(RS) ihre Schwindellosung der "Diktatur der Werktätigen" umgetauft in die Schwindellosung der "Herrschaft der Werktätigen". Je mehr sich die Stalinpartei als gut sozialdemokratische Partei entlarvt, je weniger die SP von dieser Seite her zu fürchten hat, desto mehr wart sie sich allmählich etwas mehr von ihrem wahren Gesicht zu zeigen. In CSR, Skandinavien, Belgien, Frankreich, ist die SP, in Spanien auch die Stalinpartei zur Zeit in Koalitionsregierungen.

6. Das Ausnützen der Differenzen innerhalb der kapitalistischen Front.

So wie die Bourgeoisie alle Differenzen innerhalb der proletarischen Front sorgfältig ausnützt, so muss die proletarische Klassenpartei sorgfältig ausnützen:

I. alle Differenzen innerhalb der Bourgeoisie: die wirtschaftlichen und staatlichen innerhalb der Weltbourgeoisie; die wirtschaftlichen und politischen Differenzen innerhalb jeder nationalen Bourgeoisie;

II. alle Differenzen zwischen der Bourgeoisie und ihren Reserven: insbesondere auch zwischen der Bourgeoisie und ihren Lakaien (den kleinbürgerlichen "sozialistischen" ("kommunistischen") Parteien, ihrer "Einheitspartei" / "Einheitsinternationale").

III. alle Differenzen zwischen den Bundesgenossen der Bourgeoisie, also auch alle Differenzen zwischen verschiedenen kapitalistischen Knechten und Lakaien: zwischen faschistischen, bonapartistischen Knechten, den sozialdemokratischen, stalinischen und sonstigen Lakaien (Der "Sozialfaschismus" hat den tödlichen Gegensatz zwischen dem faschistischen Knecht und sozialdemokratischen Lakai nicht ausgenützt und gerade dadurch die kapitalistische Front gestärkt, die proletarische Front geschwächt, dem Faschismus den Weg geebnet) und alle Differenzen innerhalb der kapitalistischen Reserven, Knechten, Lakaien.

Lenin über das Ausnützen der feindlichen Differenzen.

a) "Kriege führen zum Sturz der internationalen Bourgeoisie, einen Krieg, der hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege unter den Staaten, und dabei im Voraus auf das Lavieren, die Ausnützung der Interessengegensätze (auch der zeitweiligen) zwischen Feinden, das Faktieren und Kompromisse mit denselben (wenn auch zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten Verbündeten) verzichten - ist das nicht über alle Massen lächerlich....." "...Einen mächtigeren Feind kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte besiegen, wenn man unbedingt, auf das sorgfältigste, sorgsamste, vorsichtigste einen jeden - auch den kleinsten - Riss bei den Feinden, einen jeden Interessengegensatz der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder und eine jede, auch die kleinste Möglichkeit ausnützt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein".

Das Gesagte gilt vor und nach Aufrichtung der proletarischen Macht. Das Ausnützen der Gegensätze innerhalb der Weltbourgeoisie ist grundsätzlich und taktisch unbedingt notwendig. Darin besteht keine Differenz mit dem Stalinismus. Aber die Stalinbürokratie betreibt das Ausnützen dieser Gegensätze unter Preisgabe der proletarischen revolutionären Grundsätze, unter Preisgabe der internationalen proletarischen Revolution, unter Übernahme von Verpflichtungen, die den Kommunistischen Parteien der betreffenden Länder die Hände für die proletarische Revolution binden.

b) "Die kleinbürgerlichen Demokraten (darunter auch die Mensche- wiken) schwanken unvermeidlich zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, zwischen der bürgerlichen Demokratie und dem Rätssystem, zwischen Reformismus und revolutionärer Stimmung, zwischen der Liebe zu den Arbeitern und der Furcht vor der proletarischen Diktatur usw. Eine richtige Taktik der Kommunisten muss in der Ausnützung und keineswegs in der Ignorierung dieser Schwankungen bestehen. Das aber fordert je nach den Umständen Zugeständnisse an diejenigen Elemente, die sich dem Proletariat zuwenden - und gleichzeitig den Kampf gegen diejenigen, die zur Bourgeoisie abschwenken."

c) "Die Streitereien Churchill und Lloyd George (diese politischen Typen gibt es in allen Ländern, mit geringen Unterschieden) einerseits, zwischen den Henderson und Lloyd George andererseits, sind ganz unwichtig und geringfügig vom Standpunkt des reinen, des abstrakten, zur praktischen politischen Massenagitation noch nicht herangereiften Kommunismus. Aber vom Standpunkt der praktischen Aktion der Massen sind diese Differenzen ausserst, ausserst wichtig. Sie in Rechnung stellen, den Moment des völligen Ausreifens der unter diesen "Freunden" unvermeidlichen Konflikte zu bestimmen, die alle diese Feinde zusammengekommen schwächen und entkräften - darin besteht die Aufgabe des Kommunisten, der nicht nur ein bewusster überzeugter Propagandist der Idee, sondern auch ein praktischer Führer der Massen in der Revolution sein soll".

Mit welchen Mitteln nützen wir die feindlichen Differenzen aus?

Indem wir den einen Teil je nachdem unterstützen oder schonen, also mittels der Aktionsform des Bündnisses. (Auch wo jemand einen anderen ohne Vereinbarung rein tatsächlich unterstützt oder schon, handelt er als dessen Verbündeter).

Selbstverständlich aber darf man Verbündete nur dort suchen, wo es gemeinsame Interessen gibt. Mit der Kapitalistenklasse (auch nicht mit Teilen der Bourgeoisie) gibt es in den entwickelten kapitalistischen Ländern keine gemeinsamen Interessen; also auch nicht mit dem Bonapartismus, der ja nur eine bestimmte Form der kapitalistischen Politik ist. Die Differenzen innerhalb der Bourgeoisie, ob die bonapartistische oder faschistische Politik für die Kapitalistenklasse das beste sei, lassen sich für die Arbeiterklasse nicht ausnützen durch Unterstützen des Bonapartismus (also durch Bündnis mit dem Bonapartismus) "Gegen den Faschismus", sondern nur durch eine solche Politik, die den einzig möglichen Verbündeten auf die Seite des Proletariats zieht; das sind ^{die} unter der kapitalistischen Offensive stöhnenden, notleidenden Mittelmassen, die armen kleinbürgerlichen (kleinbürgerlichen) Massen in Dorf und Stadt. Dazu aber ist unumgänglich erforderlich der Kampf gegen die Bourgeoisie, also der Kampf gegen Faschismus und Bonapartismus, weil den notleidenden Mittelmassen wie den gepeinigten Arbeitermassen zu helfen ist einzig und allein auf Kosten der Bourgeoisie.

Die Differenzen innerhalb der Kapitalistenklasse müssen von der proletarischen Partei ausgenützt werden, allein nicht durch Bündnis mit der Bourgeoisie (Teilen derselben), sondern durch Bündnis mit den Mittelmassen!. Dieses aber muss erkämpft werden durch die geschlossenen proletarischen Massenaktionen gegen die gesamte Bourgeoisie; auch die proletarische Aktionseinheit kann nur erstehen im Kampfe gegen die Gesamtbourgeoisie.

Gewiss, der Kampf gegen die gesamte Kapitalistenklasse bringt die linken Kapitalisten in die Arme der rechten. Doch darf man das Verhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie nicht isoliert betrachten, sondern im Gesamtzusammenhang aller Klassen. Nicht der Zusammenschluss der Bourgeoisie an sich ist der Arbeiterklasse gefährlich; er wird erst zur ernststen Gefahr, wenn die Bourgeoisie imstande ist, die breiten Mittelmassen hinter sich zu ziehen. Das gilt es zu verhindern und im Gegenteil, die Mittelmassen auf die Seite des Proletariats überzuleiten.

Eine Taktik, die die Differenzen innerhalb der Bourgeoisie ausnützen will durch Bündnis (oder durch Erstreben des Bündnisses) mit der Kapitalistenklasse (mit einem Teil derselben) stösst die Mittelmassen unvermeidlich nach rechts, zersetzt, schwächt die Arbeiterklasse, stärkt die Bourgeoisie, führt zu proletarischen Niederlagen.

Um Bündnisse zur Ausnützung der feindlichen Gegensätze zustande zu bringen, muss man je nach den Umständen Kompromisse schliessen, Zugeständnisse machen.

Die Taktik des kleinern Übels ist an sich weder falsch noch richtig - "Im politischen Kampf muss man zuweilen das kleinere Übel wählen" (Lenin) - es kommt auf die konkreten Verhältnisse an, auf die sie angewendet wird. Oberflächlicher Betrachtung erscheint der Bonapartismus als das kleinere Übel gegenüber dem Faschismus; in der Tat gegenüber den Stahlruten des Faschismus sind die Lederpeitschen des Bonapartismus das kleinere Übel. Allein revolutionäre Politik entscheidet ihre Strategie und Taktik nicht nach Gefühlsmomenten, sondern nach klassenmässigen Erwägen. Ob bonapartistische oder faschistische Politik, das ist ein Streit innerhalb ein und derselben

Klasse, innerhalb der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie ist kein kleineres Übel gegenüber der - Bourgeoisie! Das grosse Übel ist die Bourgeoisie, wie immer ihre Politik - das "kleiner Übel" das Kleinbürgertum, sind die Mittelmassen, sind die armen Kleinhafterlichen, kleinbürgerlichen Massen in Dorf und Stadt. In Wahrheit sind die Mittelmassen kein "kleineres Übel", sondern der unumgänglich notwendige Bundesgenosse, um sowohl den Bonapartismus, als auch den Faschismus, um die Bourgeoisie zu besiegen.

Das Ausnützen der feindlichen Gegensätze lässt sich also, wie das vorstehende Beispiel zeigt, verwirklichen nur durch die proletarische Aktion, sogar ohne Verbündete, (wobei gerade durch diese Aktion ein Verbündeter erst gewonnen werden soll und bei richtiger Politik gewonnen wird).

Indem das Proletariat seine gesamten Aktionen konsequent gegen die ganze Bourgeoisie richtet, gegen Faschismus und auch gegen Bonapartismus, gerade auf diese Weise und auf diese Weise allein nützt das Proletariat die Differenzen innerhalb der Bourgeoisie (ob Bonapartistische oder faschistische Politik) zu seinen Gunsten aus, weil so die faschisierten Mittelmassen aus der kapitalistischen Front zu lösen und auf die Seite der proletarischen Front umzugruppieren beginnt.

7. Legaler und illegaler Kampf.

Alle Formen der Aktion können legal und legal betrieben werden. Wer den illegalen Kampf grundsätzlich ablehnt, der hat nichts gemein mit der proletarischen Revolution. Für die proletarischen Revolutionäre, für die proletarische Klassenpartei ist die einzige Richtschnur das proletarische Klasseninteresse. Auf dieser Linie gehen sie vor nach den Erwägungen der revolutionären Zweckmässigkeit. Sie lassen sich durch die von der Kapitalistenklasse über die Massen verhängte "Gesetzlichkeit", "legalität" die Hände nicht binden. Für sie ist und bleibt die kapitalistische "Gesetzlichkeit" ("Legalität") eine Frage der Zweckmässigkeit.

Notwendig ist es, legalen und illegalen Kampf miteinander zu verbinden. Neben anderen grossen Vorteilen ist das auch nützlich im Kampf gegen die Spitzel. "Eine der Waffen im Kampf gegen die Spitzel ist eine geschickte Kombination der legalen und illegalen Arbeit" (Lenin).

c) Die Kampfmittel.

1. Die vorbereitenden Kampfmittel dienen der Vorbereitung des wirklichen Kampfes, der vom Feinde die Erfüllung bestimmter Forderungen erzwingen oder dessen Willen brechen will. Alle vorbereitenden Kampfmittel sind Mittel der Propaganda und Agitation.

Die Revolutionäre Propaganda geht darauf aus, in den Massen für die grossen Ziele, für die Grundsätze der proletarischen Revolution, für den Kommunismus zu werben, sie dafür zu gewinnen. Die revolutionäre Agitation dagegen will die Massen zum Kampf für unmittelbar vorliegende Fragen sammeln, bewegen.

Die wichtigsten vorbereitenden Kampfmittel sind: Das lebendige Wort; die Schrift; Zirkel (sie dienen der revolutionären Schulungsarbeit im kleinen Kreis); Broschüren, Bücher; Flugzettel, Flugschriften; Versammlungen usw.

Für den revolutionären Kern, der an der Herausbildung der Klassenpartei, der Klasseninternationale arbeitet, ist die revolutionäre Propaganda in allen Formen das wichtigste Kampfmittel.

In der Masse, als der revolutionäre Kern an selbständiger Kraft gewinnt, Verbindung mit der Masse herstellt und verdichtet, in derselben Masse wird die revolutionäre Agitation ein für ihn immer wichtigeres Kampfmittel, das er jedoch stets mit der revolutionären Propaganda verknüpfen muss. Revolutionäre Agitation muss stets Hand in Hand gehen mit der revolutionären Propaganda! Aber selbst für die junge Klassenpartei, für die Partei in ihren Anfängen sind die revolutionäre Propaganda und revolutionäre Agitation zunächst ausschlaggebende Kampfmittel.

Besonders in der Zeit der Kernbildung und der ersten Entfaltung der jungen Klassenpartei unterläuft vielen ehrlichen Revolutionären der Fehler, dass ihnen das propagandistische und agitatorische Interesse der Partei der ausschlaggebende Gesichtspunkt ist, nach dem sie Alles messen. Das aber ist grundfalsch und gefährlich. Niemals dürfen grundsätzliche Fragen von rein taktischen und schon gar nicht von rein propagandistischen, agitatorischen Gesichtspunkten entschieden werden! Niemals dürfen Entscheidungen in politischen Fragen, von rein propagandistischen, agitatorischen Gesichtspunkten gefällt werden! Niemals darf selbst nur die revolutionäre Taktik ausschliesslich bestimmt werden nach den Bedürfnissen der revolutionären Propaganda und Agitation! So Handeln heisst in Wahrheit nicht der proletarischen Revolution dienen, sondern trotz der ehrlichen Absichten unvermeidlich der Demagogie verfallen.

Revolutionäre Propaganda und Agitation sind stets wichtig; aber die propagandistischen und agitatorischen Interessen sind nur einer unter vielen Umständen wonach die Klassenpartei ihre Strategie und Taktik, ihre Politik bestimmen muss.

2. Im grossen Umfang angewendet werden die vorbereitenden Kampfmittel zu Kampfmitteln höherer Ordnung, zum Druckmittel. Der Feind gibt unter Umständen lieber mit irgendeiner Konzession nach, er sucht zu verhindern, dass die grossen Massen von der revolutionären Propaganda und Agitation erfasst werden und ins Lager der Revolution übergehen.

Streik, Boykott, Massenboykott, Sabotage, Massensabotage, Demonstration, Massendemonstration, Massenstreik (ökonomischer, politischer, politisch-ökonomischer), Generalstreik sind Kampfmittel der Druckausübung. Den Willen des Feindes zu brechen reichen sie nicht aus. Ein Generalstreik, mag er selbst zu hundert Prozent durchgeführt werden und würde er noch so lange dauern: für sich allein vermag er den Willen des Klassenfeindes nicht zu brechen. Denn das setzt voraus das Zerbrechen der feindlichen Staatsmaschine, die aber ist mit dem Kampfmittel der blos verschränkten, Arme nicht zu brechen. Das ist nur zu verwirklichen, wenn der Generalstreik Auftakt ist zu den höchsten Kampfmitteln und wenn diese höchsten Kampfmittel wirklich und zwar erfolgreich angewendet werden.

3. Die Kampfmittel zur Brechung des feindlichen Kampfwillens sind der bewaffnete Aufstand und der revolutionäre Krieg.

Auch die Frage des Aufstands muss klassenmässig gestellt werden! "An sich" ist der Aufstand weder revolutionär noch gegenrevolutionär. Es kommt auf die Frage an, den Interessen welcher Klasse er wirklich dient: ob er der Bourgeoisie dient oder der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie oder der Arbeiterklasse? Proletarischer Aufstand ist nur derjenige Aufstand, der der Arbeiterklasse dient. Derjenige Aufstand, welcher der Bourgeoisie dient ist kapitalistischer Aufstand; dient der Aufstand der Mittelklasse in Stadt und Dorf, so ist er kleinbürgerlicher (kleinbürgerlicher) Aufstand; dient der Aufstand der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie, dann ist er kein proletarisch-revolutionärer, sondern lediglich ein kleinbürgerlich-demokratischer Aufstand.

Die Bourgeoisie hat Aufstände organisiert und durchgeführt gegen die feudale Klasse, gegen die feudale Staatsgewalt. Das waren bürgerlich-revolutionäre Aufstände.

Die Bourgeoisie organisiert Aufstände gegen das Proletariat, gegen den proletarischen Staat, gegen die proletarische Diktatur; das waren und sind bürgerlich-gegenrevolutionäre Aufstände.

Die Monopolbourgeoisie organisiert Aufstände der verzweifelten, von SP und Stalinpartei schwer enttäuschten Mittelklasse gegen die Arbeiterklasse, gegen die, die Arbeiterklasse "angelnden" kleinbürgerlichen "sozialistischen" ("kommunistischen") Parteien: das waren und sind bürgerlich-gegenrevolutionäre Aufstände.

Es gibt national-revolutionäre Aufstände, die der nationalen Befreiung nichtimperialistischer Nationen oder kolonialer Völker von Imperialismus dienen.

Es gibt Aufstände, die von der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie organisiert werden, um unter Ausnützung der Kampfkraft der Arbeitermasse diesem verkleinbürgerlichten Arbeiterschichten ihre alten Schmaortzerpositionen auf Kosten der Arbeiterklasse zurückerobern. Mittels solcher Schwindellosungen wie "Diktatur der Werktätigen", "Antifaschistischer Aufstand" und dergleichen suchen die bankrotte sozialdemokratische und stalinsche Bürokratie die Arbeitermassen zu mobilisieren, auszunützen, um so die bürgerliche Demokratie wiederherzustellen, die proletarische Diktatur zu verhindern und unter neuen, noch raffinierteren Formen die verräterische Koalitionspolitik fortzusetzen.

Der Umstand, dass die "Revolutionären Sozialisten" gegen ihren Willen vom Stimmzettelkampf zum Organisieren eines "Aufstandes" übergegangen sind, macht die Sozialdemokratie, macht die "Revolutionären Sozialisten" keineswegs zu einer proletarisch-revolutionären Partei. Denn ihr "Aufstand" dient in Wirklichkeit nicht dem Sturz der bürgerlichen Herrschaft, nicht der Zerschmetterung des gesamten staatlichen und ausserstaatlichen Machtapparates der Bourgeoisie, dient in Wirklichkeit nicht der Diktatur des Proletariats, sondern dient lediglich der Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie und nichts anderem. Alles andere ist nur Phrasengedrech, um möglich viele Arbeiter vor den "sozialistischen" Wagen zu spannen. Den "Revolutionären Sozialisten" und auch der Stalinpartei geht es nur um einen kleinbürgerlichen Aufstand: er soll die verkleinbürgerlichte bankrotte sozialdemokratische und stalinsche Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie wieder hochbringen auf dem Rücken der Arbeiterklasse. Der proletarische Aufstand jedoch soll die Arbeiterklasse hoch bringen: er dient der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats, zur Zerschmetterung des kapitalistischen Staates, zur Liquidierung des Kapitalismus, zur Liquidierung der Bourgeoisie, zum Aufbau des Kommunismus.

Nur indem die proletarischen Revolutionäre den kleinbürgerlichen "Aufstand" zur revolutionären Mobilisierung der Massen in der Richtung auf die proletarische Diktatur ausnützen, dadurch und nur dadurch allein verwandelt er sich - unter dem so wachsenden Druck der Masse - gegen den Willen

der verkleinbürgerlichten sozialdemokratischen und stalinistischen Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie! - in ein Sprungbrett zum proletarisch-revolutionären Aufstand.

Über die Strategie und Taktik des bewaffneten Aufstandes sprechen wir ausführlich an einer späteren Stelle. Siehe das elfte Kapitel über das Aufrichten der proletarischen Staatsgewalt. Dagegen ist hier der Ort, die grundsätzlichen Fragen des Krieges zu besprechen.

Die grundsätzliche Einstellung der proletarischen Revolutionäre zum Krieg.

I. Klassenmässiges Prüfen jedes Krieges.

a) Zunächst einmal muss man sich jeden genau anschauen, der nur vom Krieg "schlechthin" spricht, vom "Krieg überhaupt". Das tun z.B. alle Pazifisten, das taten auch die Sozialpazifisten vom Schlage Friedrich Adlers, das tut die Sozialdemokratie und neustens schillert auch die Stalinbürokratie in solchem Pazifismus.

Die Frage des Krieges muss stets klassenmässig gestellt werden: Welche Klasse führt Krieg gegen welche Klasse?! Im Interesse welcher Klasse wird der Krieg geführt, gegen die Interessen welcher Klasse?! Um diese Grundfrage richtig beantworten zu können, muss der Krieg wird von Staaten geführt - die Frage des Klassencharakters für jeden kriegführenden Staat genau klargestellt werden. Sozialdemokratie und Stalinpartei überspringen bewusst den kapitalistischen Charakter bestimmter Staaten, um mittels dieses Tricks die Arbeiter dieser Länder für die kapitalistische Landesverteidigung einzuspannen, für die Kapitalisten dieser Länder auf die imperialistische Schlachtbank zu schicken. - Erst wenn die Frage so gestellt und richtig beantwortet wird, dann erst wissen wir, was für einen Krieg wir vor uns haben.

Es gibt Kriege der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten, der Unterdrücker gegen die Unterdrückten, es gibt Kriege der Ausbeuter, Unterdrücker untereinander um Gut und Blut, letzten Endes um die Arbeitskraft der Ausgebeuteten, Unterdrückten: Sklavenhalterkriege, feudale Kriege, kapitalistische (imperialistische) Kriege.

Es gibt Kriege der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter: proletarisch-revolutionäre Kriege; es gibt Kriege der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, Kriege der geknechteten Kolonialvölker (kolonial-revolutionäre Freiheitskriege), Kriege der unterdrückten nichtimperialistischen Nationen gegen ihre Unterdrücker (national-revolutionäre Freiheitskriege).

Wer gegen jeden Krieg ist ("Nie wieder Krieg!"), also auch gegen den Krieg der Ausbeuteten gegen die Ausbeuter, der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, der Proletarier (des proletarischen Staates) gegen die Kapitalisten, gegen die Imperialisten, der mag sich für einen "höchst edlen Menschen" halten, vom proletarisch-revolutionären Standpunkt ist er gedankenloser Illusionist, haltloser Schwindler oder elender Verräter.

Gegen den kapitalistischen Krieg, gegen den imperialistischen Krieg, gegen jeden Krieg der Ausbeuter, Unterdrücker wider die Ausgebeuteten, Unterdrückten, wider den proletarischen Staat, gegen jeden solchen Krieg Kampf mit allen Mitteln!

Dagegen sind die proletarischen Revolutionäre für den proletarisch-revolutionären Krieg! Warum? Weil das Banner der proletarischen Revolution siegreich über den ganzen Erdball zu entfalten, letzten Endes nur zu verwirklichen ist durch das planmässige Zusammenarbeiten einer ganzen Kette von bewaffneten Aufständen des Proletariats, der geeinigten Millionenmassen und von revolutionären Kriegen des proletarischen Staates (der proletarischen Staaten) gegen die kapitalistischen Staaten.

II. Sozialdemokratie und Krieg.

Die Sozialdemokratie sucht ihre verräterische Stellung in der Frage des Krieges zu verhüllen, indem sie sagt: gegen jeden Angriffskrieg, aber für den Verteidigungskrieg, für die Verteidigung "unseres Landes", für die "Landesverteidigung".

Die Arbeiter müssen diese Frage ganz anders stellen: Unseren Staat, das heisst den proletarischen Staat müssen wir immer unterstützen - ob er sich verteidigt oder angreift - dagegen den kapitalistischen Staat müssen wir immer angreifen, gleichgültig ob er Angreifer oder Verteidiger.

Übrigens ist die Frage nach Angriff und Verteidigung beim Krieg, so wie sie gestellt wird, ein reiner Schwindel. Wenn sich die Kabylen erheben und den französischen kapitalistischen Staat angreifen, so sind sie militärisch wohl die Angreifer, aber politisch sind sie die Angegriffenen; denn der französische Imperialismus ist es, der in ihr Land eingefallen ist und sie ausraubt, aussaugt. Wenn Sowjetrussland Japan angreift, so wäre politisch dennoch Japan der Angreifer; denn der japanische Militarismus ist es, der Sowjetrussland berauben will, nicht umgekehrt. Jeder militärische oder selbst nur poli-

tische Angriff des proletarischen Staates gegen die kapitalistische Staaten ist immer Verteidigung; diejenigen, die die Produktionsmittel an sich gerissen und damit die Arbeiter ausbeuten, aussaugen, ausplündern, das sind und bleiben gegenüber dem Proletariat immer die Angreifer. Indem der proletarische Staat gegen die Ausbeuter, Unterdrücker, gegen die kapitalistischen Staaten politisch oder selbst militärisch, kriegerisch vorgeht, ist er nicht Angreifer, sondern Verteidiger der Interessen des Weltproletariats.

1914 verbarg die Sozialdemokratie ihre kapitalistische Kriegspolitik, ihr Bündnis mit der imperialistischen Bourgeoisie in Deutschland und Österreich hinter der Losung "Gegen den Zarismus!", in Frankreich, England, Belgien hinter der Losung "Gegen den Kaiserismus!". Sie bereitet sich heute schon vor, dieselbe verräterische Politik für den rasch herannahenden zweiten imperialistischen Weltkrieg zu beziehen.

Die Labour Party und die Schweizer SP haben sich bereits sogar programmatisch für die kapitalistische Landesverteidigung ausgesprochen. Die anderen sozialdemokratischen Parteien tun dasselbe, sie suchen es nur noch viel besser zu tarnen. Die Bauer, Adler & Co der verschiedenen Länder haben dazu die neue Betrugslosung schon erfunden. Sie lautet: "Heiliger Krieg der demokratischen Staaten gegen die faschistischen Staaten!". In dieser "demokratischen Front" sind solche "demokratische" Staaten wie Jugoslawien, Türkei..

Die sozialdemokratische Kriegslosung "Gegen den Faschismus!" ähnelt auf ein Haar den sozialdemokratischen Kriegslosungen von 1914 "Gegen den Zarismus!" - "Gegen den Kaiserismus!". Hinter ihrer negativen Losung "Antifaschistischer Krieg" sucht die SP zu verbergen, dass sie dieselbe kapitalistische (imperialistische) Kriegspolition bezogen hat wie 1914, dass sie zur Grundfrage des zweiten imperialistischen Weltkriegs als Verbündete der Bourgeoisie, als Verbündete des Imperialismus eingestellt ist.

So wie 1914 ist die Sozialdemokratie auch heute sozialpatriotisch. Nur die deutsche und österreichische SP sind - gegen ihren Willen! - ein bisschen verhindert ihren Sozialpatriotismus so wie 1914 zu betätigen. Für den faschistisch-kapitalistischen (bonapartistisch-kapitalistischen) "Patriotismus" der ihnen selbst den bescheidensten Anteil am imperialistischen Beutegeschäft nicht lassen will, sind sie aus diesem Grunde und nur aus diesem Grunde nicht zu haben. Dagegen nach dem demokratisch-kapitalistischen "Patriotismus" lechzen sie und eben deshalb verbünden sich diese Sozialpatrioten von 1914-18 heute mit den imperialistischen Mächten Frankreich-Kleine Entente-Balkanente usw., um sich ihren alten sozialpatriotischen Platz, ihren "Anteil" am deutschen, österreichischen "Patriotismus" wieder zu erobern.

Die Sozialdemokratie hat nach wie vor dieselbe verräterische Grundeinstellung zum Krieg wie 1914-18. "Das kleinste Nachgeben an die Landesverteidigung ist Verrat am Sozialismus und ein völliger Verzicht auf den Internationalismus, wie schön auch die Phrasen und die 'praktischen' Erwägungen, mit denen er bemantelt wird" (Lenin).

Die Bourgeoisie ist nur solange "patriotisch, national, fürs Vaterland, fürs Heimat, fürs die Nation", solange die Staatsmacht klassenmäßig ihr gehört. Ist dies nicht mehr der Fall (Oktoberrevolution, Ungarische Revolution) oder ist ernste Gefahr, dass ihre Staatsmacht zertrümmert wird (Österreich, Deutschland 1918/20, Spanien 1936), so kämpfen sie mit allen Mitteln gegen das Vaterland, verbündet sich mit Tod und Teufel gegen die Heimat, ruft selbst die Marokkaner nach Spanien.

Die kleinbürgerlichen "Sozialisten" (SP/RS) sind solange patriotisch, solange ihnen ihre Bourgeoisie irgendeinen Anteil an der kapitalistischen Macht und Schlüssel oder wenigstens die ernstliche Aussicht darauf lässt. Wird sie davon durch die bonapartistische, faschistische Bourgeoisie ausgeschlossen (wie in Italien, Deutschland, Österreich), so verbündet sie sich mit auswärtiger (zB französischer, tschechischer) Bourgeoisie, um Bedingungen zu erkämpfen, die ihr Anteil an der heimatischen kapitalistischen Macht und Schlüssel und damit patriotischkapitalistische Betätigung sichern. Unbeschadet dessen winseln sie die eigene Bourgeoisie ununterbrochen um einen bescheidenen Anteil an der kapitalistischen Macht und Schlüssel an, gegen welchen Preis diese verhinderten Patrioten sofort bereit sind, wieder ins Horn des kapitalistischen Patriotismus der eigenen Bourgeoisie zu blasen. Das heisst "die Verteidigung der räuberischen Interessen der eigenen nationalen Bourgeoisie durch die lügnische Losung der Vaterlandsverteidigung zu bemanteln" (Lenin) und die Massen als Kanonenfutter dem imperialistischen Krieg ausliefern.

Das Proletariat darf sich durch den kapitalistischen oder kleinbürgerlichen Patriotismus nicht täuschen, nicht einfangen lassen. Die Arbeiterklasse muss wissen, dass hinter Patriotismus, Heimatsliebe usw. in Wirklichkeit steht die Frage des Staates, des Klassenstaates. Die Arbeiterklasse ist patriotisch gegenüber dem proletarischen Staat, Heimatsliebe gegenüber kapitalistischen Staat sie grundsätzlich ab.

SP(RS)/KP suchen die Arbeiter zur kleinbürgerlichen Verratspolitik in der Frage des Krieges zu verführen durch Missbrauch der Stellungnahme von Marx und Engels. Sie überspringen den entscheidenden Unterschied: damals stand das Proletariat vor der Grundaufgabe, die bürgerlichdemokratische Revolution zu Ende zu führen - heute steht es vor der Durchführung der prole-

tarischen Revolution; damals ging es um die Schaffung nationaler Staaten, des bürgerlichen Einheitsstaates (Italien, Deutschland), in diesem Sinne um nationale Freiheitskriege - heute geht es um imperialistische Kriege, reine Raubkriege; damals Kriege auf Basis des aufsteigenden - heute Kriege auf Grundlage des niedergehenden Kapitalismus; damals Kriege des bürgerlichdemokratischen Zeitalters - heute Kriege in der Epoche der proletarischen Revolution.

Die Stellungnahme von Marx und Engels zu einem eventuellen Kriege Deutschlands gegen das zaristische Russland, zu den Kriegen von 1850, 1866, 1870/71 bis zu Sedan hat heute nur historische Bedeutung, kann aber als praktische Leitlinie für die Kriege des Imperialismus nicht verwendet werden. Nach Sedan enthüllte sich der imperialistische Charakter des deutschen Feldzugs, wie sich Marx und Engels dazu stellten, das ist selbstverständlich auch heute bedeutsam.

III. Stalinismus und Krieg.

Zum Tauschen der Arbeiter und selbst der Arbeiterkommunisten verzapft die Stalinbürokratie nach wie vor "revolutionäre" Phrasen. Jedoch ihre Taten zeigen ein ganz anderes Gesicht.

Der Ausgangspunkt der stalinischen Einstellung zum Krieg ist der stalinische Sozialpatriotismus, dessen tatsächlicher Leitstern ist die rein russischnationalistische Losung: Russland, Russland über alles, über alles in der Welt! Über Alles: auch über das Weltproletariat, auch über die Weltrevolution!

Von hier aus hat Stalin im Mai 1935 in aller Form die kapitalistische Landesverteidigung der französischen Bourgeoisie ausdrücklich, öffentlich gebilligt.

Aus dem stalinischen Sozialpatriotismus erwuchs zwangsläufig der französische Sozialpatriotismus der KPF. Im russisch-französischen Vertrag verzichtet die Stalinbürokratie auf jede revolutionäre Propaganda, insbesondere auf jede revolutionäre Propaganda und Agitation in der französischen Armee und Flotte. Die KPF hat diese ihr aus dem Vertrag erwachsende Verpflichtung, den revolutionären Kampf gegen die französische Bourgeoisie einzustellen, in aller Form anerkannt. Die KPF ist Verbündeter des französischen Imperialismus, sie ist gelandet bei der sozialpatriotischen Position der SPF, die 1914/18 Verbündete des französischen Imperialismus war, seither geblieben ist und es auch heute ist. Die KPF hat sich verpflichtet, die Arbeitermassen Frankreichs der französisch-kapitalistischen (imperialistischen) Führung auszuliefern, jeden revolutionären Kampf einzustellen gegen die Führung der französischen Massen durch den französischkapitalistischen (imperialistischen) Staat; die französische Bourgeoisie, den französischen Imperialismus, den französisch-kapitalistischen (imperialistischen) Staat im Gegenteil aktiv zu unterstützen.

Fortzeugend gebar der Stalinismus aus sich heraus den tschechoslowakischen Sozialpatriotismus der KPC. Diese hat sich in aller Form öffentlich für die kapitalistische (imperialistische) Armee der tschechoslowakischen Bourgeoisie erklärt und für die Unterstützung der an der kapitalistischen Regierung beteiligten tschechischen und deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei. Die KPC hat in aller Form die Verpflichtung übernommen: die Arbeitermassen der CSR der Führung durch den tschechoslowakischen kapitalistischen (imperialistischen) Staat auszuliefern, jeden revolutionären Kampf gegen die tschechoslowakische Bourgeoisie, gegen den tschechoslowakischen Imperialismus, gegen den tschechoslowakischen kapitalistischen (imperialistischen) Staat einzustellen, sie im Gegenteil aktiv zu unterstützen.

Heute bemüht sich der Stalinismus, die österreichische Bourgeoisie für ein Einreihen in die Front des französischen Imperialismus zu gewinnen. Um diesen Preis ist die Stalinbürokratie bereit, jedes beliebige kapitalistische Regime zu unterstützen, ihm die Arbeiter als Kanonenfutter auszuliefern,

IV. Kapitalismus und Krieg.

Der imperialistische Krieg ist nichts anderes als die höchste Form der kapitalistischen Konkurrenz. Die imperialistischen Lirage entspringen letzten Endes den bleibenden Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise. Mittels der Produktion Profit erzielen, das ist für jeden Kapitalisten der ausschlagende Produktionszweck. Doch diesen Zweck erreichen die Kapitalisten im Auf und Ab der kapitalistischen Konjunktur letzten Endes nur, indem sie die Kluft zwischen den Produktivkräften und der zahlungsfähigen Kaufkraft der Massen immer tiefer aufreissen. So kommt schliesslich immer wieder ein Punkt, wo das Fortführen einer profitablen Produktion nur mehr dadurch möglich wird, dass ein Teil der Weltbourgeoisie den "normalen" Konkurrenzkampf zum Konkurrenzkampf mit den Waffen steigert, um die Absatzmärkte, Anlagemärkte, Kapitalmärkte, Rohstoffquellen, letzten Endes die Kapitalisten und die Arbeitskräfte eines anderen Teiles der Weltbourgeoisie an sich zu reissen und sich so den Spielraum für einige Zeit wieder zu sichern. Der Konkurrenzkampf zu dieser Form gesteigert ist - Krieg, imperialistischer Krieg. Der Kapitalismus kann seine ungeheuren Widersprüche schliesslich auf keine andere Weise lösen

- auch dies nur vorübergehend - als durch den imperialistischen Krieg.

V. Der Kampf gegen den Krieg.

Die wirksame Bekämpfung des Krieges setzt daher grundsätzlich voraus, dass der gesamte Kampf ausgerichtet sein muss auf den Sturz der Bourgeoisie, auf die Zerschmetterung der kapitalistischen Staatsmaschine, auf die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats, also auf das Organisieren und Durchführen des bewaffneten Aufstandes, also auf das Überleiten des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie (L e n i n) zur Aufrichtung der proletarischen Macht und darüber hinaus auf das Verwenden der aufgerichteten proletarischen Staatsgewalt zum Unterstützen der internationalen proletarischen Revolution, des nationalrevolutionären und kolonialrevolutionären Freiheitskampfes in allen Ländern, nötigenfalls mittels des revolutionären Krieges.

Wer das ablehnt, wer die Koalition mit der Bourgeoisie sucht, er mag Sozialpatriot sein wie die Scheidemann-Leuthner-Jeuhaux-Thorez oder Sozialpazifist wie die Kautsky, Stalin & Co., der mag erzählen und tun was er will, alles was er sagt und tut - mag er es noch so ehrlich meinen - dient der Bourgeoisie, dient dem Imperialismus, dient dem imperialistischen Krieg, dem Verrat an Weltproletariat, Weltrevolution.

Ihre Lakaiendienste für den Imperialismus bemäntelt die Sozialdemokratie (insbesondere der Sozialpazifismus) immer mit der Phrase, es gehe ihnen um die "Abrüstung", um die "Verhütung des Krieges". So hat die SI das französisch (tschechoslowakische)-russische Bündnis begrüsst als "Zusammenarbeit der europäischen Demokratien mit dem Sowjetstaat zur Verhütung des Krieges" (bei dieser "Demokratie" sind Jugoslawien, Türkei, Rumänien dabei.....).

Die Stalinbürokratie beteiligt sich an der imperialistischen Politik der französischen Bourgeoisie, die "von Friedensliebe träufelnd" ihren Riesenraub aus dem ersten imperialistischen Krieg verteidigt unter der Losung "Verhütung des Krieges".

Der Kampf zur Verhinderung des imperialistischen Krieges.

Alles sozialdemokratische, stalinsche Geschrei und Getue zur Verhinderung des imperialistischen Krieges ist Schaumschlägerei. Man kann den imperialistischen Krieg nicht verhüten, nicht verhindern auf dem Boden der Koalitionspolitik und auch nicht auf dem Boden einer rein russischnationalistisch ausgerichteten Politik. Man kann ihn verhindern nur auf dem Boden des grundsätzlich unversöhnlichen, unbeugsamen revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie, auf dem Boden des grundsätzlichen unverrückbaren Internationalismus durch gesteigerte revolutionäre Massenaktionen, durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, durch Aufrichten der proletarischen Diktatur.

"Man kann nicht aus dem imperialistischen Krieg herauss ringen, man kann keinen demokratischen, gewaltlosen Frieden schliessen, ohne die Herrschaft des Kapitals zu stürzen, ohne dass die Staatsmacht auf eine andere Klasse, auf das Proletariat übergeht" (L e n i n).

Daraus erhellt, dass Dienstverweigerung kein wirksames Mittel des Kampfes ist gegen den Krieg. Es ist dies eine Lösung des Anarchismus, die zu unnützen Opfern führt. "Dienstverweigerung und Streik gegen den Krieg ist Dummheit" (L e n i n). Nur wenn er Auftakt ist zur proletarischen Revolution, zum bewaffneten Aufstand, zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft, zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats ist der Massenstreik ein wirksames Mittel des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg.

Der Kampf gegen den ausgebrochenen imperialistischen Krieg.

Wenn es infolge noch nicht ausreichender Kraft nicht gelingt, den Ausbruch des imperialistischen Krieges zu verhindern, wenn er trotzdem ausbricht, dann nützt "Nie wieder Krieg!", dann nützt kein "Sowjetrussland für den Frieden!", dann nützt weder sozialdemokratischer noch stalinscher Pazifismus, sondern dann hilft nur die Leninsche Lösung: In allen kapitalistischen Staaten den imperialistischen Krieg umwandeln in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie, zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft, zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats!

Gegen den Pazifismus!

Ohne die Wurzel abzutöten, die ihn immer wieder hervorbringt, hervorbringen muss, gibt es keine Beseitigung des imperialistischen Krieges. Diese Wurzel ist der Kapitalismus. Der Pazifismus, welcher Marke immer, ist niederträchtigster Betrug, im günstigsten Falle Selbstbetrug.

Das ist allen Pazifisten gemeinsam, dass ihre Politik den Kapitalismus die Klassenherrschaft der Bourgeoisie nicht schwächt, sondern stärkt. Das gilt nicht nur vom bürgerlichen, sondern auch vom kleinbürgerlichen Pazifis-

mus, ob dieser nun die Marke Friedrich Adlers - die sozialdemokratische "Linke" 1914/18 war sozialpazifistisch - oder Josef Stalins oder - SAP trägt. (Inzwischen hat sich Friedrich Adler auf den "modernen" Sozialpatriotismus umgestellt). Die SAP hat die pazifistische Lösung "Abrüstung" aufgegriffen.

Um den Krieg, um die gewaltsame Auseinandersetzung mit den Waffen innerhalb der Gesellschaft wirklich ein für allemal zu beseitigen, dazu bedarf es der endgültigen Beseitigung der kapitalistischen Konkurrenz, also der kapitalistischen Staaten, der kapitalistischen Wirtschaft, des Kapitalismus, der Klassen, also der Verwirklichung des vollendeten Kommunismus, also durch ein Zeitalter hindurch der den ganzen Erdball erobernden proletarischen Diktatur.

Massennot und Krieg...

Es ist die unghheure Not der Massen, die es den imperialistischen Räubern erleichtert, den imperialistischen Krieg vorzubereiten, anzukurbeln. Wirksamer Kampf gegen die Massennot, gegen die Quelle der Massennot, gegen den Kapitalismus, gegen die Herrschaft der Bourgeoisie in allen ihren Gestalten; gegen die faschistische, gegen die bonapartistische, gegen die Militär-Polizei-Herrschaft, aber auch gegen die demokratische Herrschaft der Bourgeoisie. Wirklicher Kampf gegen den imperialistischen Krieg verlangt unversöhnlichen Kampf gegen die Form der kapitalistischen Herrschaft. Nur ein solcher Kampf führt zur Diktatur des Proletariats und letzten Endes, durch Verwirklichung des vollendeten Kommunismus, zur Beseitigung des Krieges überhaupt.

d. Die Aktionsrichtung.

Die Wahl der Aktionsrichtung (Stossrichtung, des Angriffspunktes, der Rückzugsrichtung usw) - mag es sich um welche Aktionsform immer handeln - ist von grösster Bedeutung für das Kampfergebnis.

Indem zum Beispiel die Stalinbürokratie 1930/1933, als der faschistische Ansturm das Proletariat immer mehr mit dem entscheidenden Angriff bedrohte, die Lösung gab, "Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind!", "Sozialdemokratie ist die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie!", "Sozialfaschismus!", lenkte sie die Aktion der KI, der Kommunistischen Parteien, der ihnen folgenden Massenteile statt gegen den augenblicklichen Hauptfeind (Faschismus), auf den augenblicklichen Nebenfeind (die Sozialdemokratie), die sie im Gegenteil mit leninscher Einheitsfronttaktik in die einheitliche proletarische Kampf-front gegen die Bourgeoisie, welche sich auf die faschistische Diktatur auszurichten begann, hätte hineinzingen können, hätte hineinzingen müssen. Die Wahl dieser falschen Aktionsrichtung, des Festhalten daran durch Jahre, war eine der Hauptursachen der deutschen Katastrophe.

Richtiges Bewerten der Klassenkräfte, der Klassenverhältnisse, das richtige Einschätzen jeder Klasse - jeder! -, das richtige Abwägen des Verhältnisses zu den verschiedenen Klassen, zu den verschiedenen Schichten jeder Klasse, das richtige Bewerten des Verhältnisses jeder Klasse zu ihren Reserven, zwischen diesen Reserven untereinander, ist eine Hauptbedingung für das Wählen der richtigen Aktionsrichtung. Von der gewählten Aktionsrichtung wieder hängt es ausschlaggebend ab, ob und inwieweit es den proletarischen Revolutionären, der proletarischen Klassenpartei gelingt, die Differenzen in der feindlichen Front auszunützen.

Indem die Führung, indem die Partei die Aktionsrichtung bestimmt, bestimmt sie damit zugleich: was ist in der gegebenen Kampfphase Hauptaufgabe. Damit wieder ist bestimmt, welches während dieser Zeitspanne die Nebenaufgaben sind. Das leitet bereits über zu den Fragen der Kräfteverteilung.

e. Die Aktionszeit.

Für jede Aktion den für sie günstigsten Zeitpunkt herausfinden (Aktionszeitpunkt), den Zeitpunkt, wo die Kräfte des Gegners verhältnismässig am schwächsten, die eigenen Kräfte aber am stärksten sein werden, bedeutet von vornherein fast den halben Sieg. Diesen Zeitpunkt richtig zu berechnen, ist eine der Hauptforderung der Kunst der revolutionären Führung. Dass Lenin - Trotzki den Zeitpunkt für den Oktoberaufstand 1917 richtig wählten, hat den Sieg der Oktoberrevolution ausserordentlich erleichtert. Ein zu frühes Losschlagen, etwa das Steigern der Julikämpfe 1917 bis zum Entscheidungskampf, hätte die russische Revolution fast sicher ruiniert. Ein längeres Hinausschieben über den Oktober hinaus hätte den Kampf viel schwerer, viel opferreicher gestaltet und das Risiko immer mehr erhöht. Gerade in der Revolution vor - schieben sich die Massen überaus schnell. Ist einmal der günstigste Zeitpunkt verpasst, dann beginnen dieselben Massen, die noch gestern der Revolutionspartei zujubelten, ihr enttäuscht den Rücken zu kehren.

Das zu spät Erkennen des Heranreifens der unmittelbar revolutionären Situation im Gefolge der Ruhrbesetzung und der Inflation war die Ausgangsursache der deutschen Oktoberniederlage 1923. Die günstigste Zeit ging ungenützt vorüber. Die revolutionäre Mobilisierung der Massen wurde viel zu

spät in Angriff genommen. So - durch die Schuld der F ü h r u n g! - wurde die revolutionäre Massenaktion nicht entfaltet. Der Hauptschuldige war Stalin. Er wusste sich allerdings sehr schlaue hinter Sinowjew und Bucharin zu verbergen und diese Troika wieder verstand es meisterhaft für die ganze Schuld Brandler, der ihre Linie durchführte zum Sündenbock zu machen.

Die Führung muss den Aktionszeitpunkt in i t i a t i v bestimmen auf Grund einer richtigen Einschätzung der Lage und der Perspektiven. Hinkt sie den Ereignissen nach, lässt sie sich vom Feind oder dessen Lakaien hinter sich schleppen, hinkt sie den Massen nach, dann treibt sie Schwanzpolitik.

Einen oder mehrere günstige Momente zur Aktion unausgenutzt vorbegehen zu lassen, führt zum Tempoverlust. Der dadurch herbeigeführte Nachteil kann unter Umständen so gross sein, dass er rechtzeitig nicht mehr wettgemacht werden kann. Zum Beispiel: Nachdem die Stalinbürokratie durch Jahre - und selbst noch am 22. März 1933 - erklärt hatte, der SPD ein Einheitsfrontangebot zu machen sei Klassenverrat (auf diese Weise arbeitete sie der SPD zum Verhindern der proletarischen Einheitsfront in die Hand), machte sie plötzlich in letzter Sekunde am 24. März 1933 der SPD das Anbot der Einheitsfront. Es war auch das bloß ein Schwindel, um der verbrecherischen Stalinbürokratie ein "A l l i b i" zu schaffen. Aber selbst wenn es ein ehrliches Anbot gewesen wäre, der ungeheuerliche Tempoverlust hätte sich im Augenblick nicht mehr wettmachen lassen. (Wohl aber hätte ein solches ehrliches Anbot, dem unbedingt die ehrliche Wendung zur leninischen Linie hätte zugrunde liegen müssen, die Perspektive eröffnet zu einer beschleunigten Wiedergeburt der proletarischrevolutionären Bewegung!).

Bei Wahl des richtigen Zeitpunkts ist es oft möglich, mit kleinen Kräften überlegene Feindkräfte zu schlagen (Überraschung).

Den richtigen Zeitpunkt für die Aktion herauszufinden, das erfordert richtiges Einschätzen a l l e r Umstände. Wer die Aktion nach Geburtstagen bestimmt, wie der selige Feldzeugmeister Liborius Frank den Angriff auf Belgrad nach dem kaiserlichen Geburtstag, der führt fast immer in die Niederlage. Solche rein küsserlich gewählte Kalendertermine sind ja für die konkrete Lage, Perspektive, für die konkreten Kräfteverhältnisse ganz oder fast ganz ohne Einfluss. Strategische und taktische Entscheidungen müssen immer nach strategischen, taktischen Gesichtspunkten gefällt werden, nicht aber nach rein agitatorischen Bedürfnissen und schon gar nicht mechanisch nach dem Kalender (stalinsche Kalenderaktionen).

Die Aktionszeit bestimmen, heisst nicht nur den B e g i n n der Aktion bestimmen, sondern auch deren z e i t l i c h e n V e r l a u f. Jede Aktion ist ein Kampfprozess von längerer oder kürzerer Dauer, der alle möglichen Phasen durchläuft. Insbesondere, wenn es sich um eine weit ausgreifende Aktion handelt, um eine ganze K a m p a g n e, um einen ganzen F e l d z u g, muss die Führung immer fort daran arbeiten, sich eine richtige Vorstellung zu bilden auch über die Aktion in ihrer z e i t l i c h e n A u f e i n a n d e r f o l g e. Gerade bei auf weite Sicht angelegten Aktionen muss sie mit einer (sicher elastischen!) Z e i t e i n t e i l u n g arbeiten.

Eine andere Frage ist, ob sie diese Zeiteinteilung öffentlich kundtun soll, so dass auch der Feind sie erfährt. Manchmal wird sich das nicht vermeiden lassen, weil in einer bestimmten Lage die sonstigen Vorteile viel grösser sein können als dieser Nachteil. Zum Beispiel das Ansetzen der Aktion für den Achtstundentag für den E r s t e n M a i, wie dies der Pariser Internationale Sozialistische Kongress 1889 beschlossen hat, war richtig; weil die Vorteile dieses öffentlichen Ansetzens den Nachteil der öffentlichen kalendermässigen Festsetzung überwogen. Ebenso war es in der russischen Revolution vollkommen richtig, schon Wochen vorher öffentlich auf den 7. O k t o b e r als den revolutionär entscheidenden Tag zu konzentrieren, weil auch hier die Vorteile dieses Vorgehens grösser waren als die Nachteile.

Allgemein ausgedrückt kann man sagen: b e i a u f s t e i g e n d e r M a s s e n b e w e g u n g kann die Klassenpartei das Wagnis, den Termin einer bestimmten Aktion öffentlich vorher bekannt zu geben, manchmal auf sich nehmen - b e i n i e d e r g e h e n d e r M a s s e n b e w e g u n g führen solche Kalenderaktionen fast immer zur Niederlage, noch dazu wenn sie in unverantwortlicher Weise so gehäuft werden, wie von der Stalinbürokratie.

f. Die K r ä f t e v e r t e i l u n g.

Die eigenen Kräfte zweckmässig aufzuteilen, richtig zu verteilen, die richtige V e r t e i l u n g d e r K r ä f t e n a c h R a u m u n d Z e i t ist für die glückliche Lösung jeder Kampfaufgabe wesentlich. Andererseits darf die Partei ihre Kraft nicht zersplittern. Sie muss es verstehen, ihre H a u p t k r a f t auf die i n d i v i d u e l l e H a u p t a u f g a b e z u v e r e i n i g e n. Die Partei muss eine richtige Ö k o n o m i e d e r K r ä f t e betreiben. Richtiges Verteilen der Kräfte muss Hand in Hand gehen mit der richtigen Zusammenfassung, mit der richtigen K o n z e n t r a t i o n d e r K r ä f t e. Aus dem richtigen Einschätzen der Lage und der Perspektiven, aus dem richtigen Bestimmen der Aktionsrichtung, der Hauptaufgabe, aus dem klaren Erfassen der proletarischrevolutionären Grundsätze und dem unverrückbaren Festhalten daran, aus dem richtigen Handhaben der revolutionären Strategie und Taktik

muss die Revolutionspartei den Mut, die Kühnheit schöpfen, sich mit ihrer Kraft auf die im gegebenen Zeitabschnitt wichtigste Aufgabe zu werfen, bei teilweisem, unter Umständen sogar bei gänzlichem Vernachlässigen - vorübergehend! - gewisser Aufgaben, die an sich von grosser Bedeutung, dennoch in der bestimmten Zeitspanne gegenüber der in ihr gestellten Hauptaufgabe mit Rücksicht auf die gegebenen Kräfte der Partei an Bedeutung zum Teil oder sogar ganz zurücktreten.

"Man muss fähig sein, in jedem Moment das besondere Glied der Kette zu finden, das man mit aller Kraft packen muss, um die ganze Kette halten zu können" (Lenin).

Im Einklang mit dem jeweils richtigen Stellen der Hauptaufgabe und der Nebenaufgabe müssen wir es aber auch verstehen, alle unsere Kräfte (die Kräfte der Partei) zu beschäftigen, ihnen eine passende Arbeit zu geben, ihnen jeweils das richtige Arbeitsfeld zuzuweisen. Im Rahmen des Aufteilens der Kräfte im Grossen, muss die Partei auch die Aufgabeneinteilung im Kleinen, bis auf das letzte Mitglied, organisieren, nach Raum und Zeit, versteht sich wechselnd nach dem jeweils notwendigen Wechsel der konkreten Parteiaufgaben.

Was für die Partei gilt, ebenso sehr für jeden einzelnen proletarischen Revolutionär! Er muss lernen, seine eigene Kraft richtig zu verzetteln, sich nicht zu zersplittern, sondern seine Kraft immer wieder richtig auf die jeweilige revolutionäre Hauptaufgabe zu konzentrieren. Die Revolutionspartei braucht ganze Männer, ganze Frauen. Dilletantismus ist mit ernster proletarisch-revolutionärer Arbeit unvereinbar. Die Revolutionspartei braucht Berufsrevolutionäre, die für die Sache der proletarischen Revolution ihre ganze Person einsetzen, nicht bloss für irgendeinen kühnen Augenblick, sondern täglich, dauernd, ohne auszusetzen.

Bourgeoisie und deren Helfershelfer, auch Sozialdemokratie und Stalinbürokratie, lenken die Arbeiter auf alle möglichen Nebengebiete ab. Tobt eure Kraft im Sport aus, unterhält euch mit Tanz, Kino, Radio, Theater, Literatur, stopft euch mit Musik die Ohren - dorthin sucht die Bourgeoisie die Massen zu lenken. Die Sozialdemokratie tat durch Jahre dasselbe und die Stalinbürokratie in Russland desgleichen. Die Wirkungen von all dem spüren wir in Österreich und Deutschland heute ganz besonders. Wie wenig junge Arbeiter sind heute bereit, sich in irgendeine grundlegende Schrift von Marx oder Lenin zu vertiefen, die Kritik und die Vorschläge der proletarischen Revolutionäre ernstlich zu prüfen! Und die Wenigen, die dazu bereit sind, wie leicht sind sie bereit alles liegen zu lassen, wenn irgendein Sport, irgendeine Unterhaltung winkt. Wir sind keine Asketen. Im Gegenteil: Freut Euch des Lebens! Aber kann sich die Masse der Arbeiter wirklich freuen?! Es fehlt ihr ja alles dazu. Gerade darum kämpfen wir, gerade darum müssen wir unsere Kraft konzentrieren auf den revolutionären Kampf, damit allen Arbeitern, der ganzen Menschheit das Tor zur wirklichen Lebensfreude geöffnet werde.

Die Klassenpartei (der revolutionäre Kern) bestimmt nach den wechselnden Umständen die jeweilige Hauptaufgabe und verteilt darnach die Kräfte nach Raum und Zeit; in diesem Rahmen muss jeder einzelne Revolutionär seine eigene Kraft richtig verteilen.

Das Gesetz der richtigen Aufteilung und Zusammenfassung (Konzentration) der Kräfte ist eine Grundbedingung des Erfolges. Für den Schwachen, für die noch schwache, kleine Partei, für den schwachen, kleinen revolutionären Kern ist das Befolgen dieses Gesetzes Bedingung nicht nur des Erfolges, sondern des Lebens! Ein Kern, eine junge Partei, die ihre Kraft nicht richtig aufzuteilen, nicht zu konzentrieren versteht, richtet sich zu Grunde, auch bei sonst richtiger Einstellung.

Besonders gründlich hat die Österreichische Stalinpartei gezeigt, wie man das nicht machen darf. Zum Beispiel: revolutionäre Propaganda und Agitation unter den notleidenden Bauernmassen ist eine Aufgabe von grosser Bedeutung, der die Partei stets nachgehen muss. Doch erste Voraussetzung dieser Propaganda und Agitation - soll sie zum Erfolg führen - ist eine bereits vorgeschrittene Verwurzelung der Partei in den Arbeitermassen. Denn erst da stellt sie in den Augen der Dorfmassen eine Kraft dar, die schon etwas Macht und die Aussicht in sich verkörpert, die Staatsmacht erringen zu können. Die stalinische KP, obwohl ohne jeden Einfluss in den Arbeitermassen, warf einen im Verhältnis zu ihrer Gesamtkraft zu grossen Teil auf die Landarbeit. Dadurch wurde, der Hauptaufgabe, dem Gewinnen der Industriearbeiterschaft, erst recht Kraft entzogen. Das Ergebnis war: dass die Stalinpartei weder in der Stadt noch im Dorf Erfolg erzielte. Allerdings können sich die Stalinbürokraten damit trösten, dass sie mit ihrer rein russisch-nationalistischen Politik selbst bei richtiger Kräfteverteilung keinen Erfolg hätten erzielen können.

- Auch innerhalb der Arbeiterklasse hat die stalinische KP falsch konzentriert. Sie hat ihre Hauptkraft auf die Arbeitslosen geworfen, statt nach dem leninschen Grundsatz "Jeder Betrieb muss unsere Festung sein!" die Hauptkraft auf das Überzeugen, Gewinnen, Mobilisieren der Betriebsarbeiter zu verwenden. Nur auf diese Weise hätte sie auch den Arbeitslosen wirksam helfen können.

Das Gesetz der Konzentration gilt auch für die Diskussion. Auch da muss man die Kraft auf die Hauptpunkte vereinigen und Nebenpunkte ganz zur Seite schieben oder kurz abtun.

g. Die Verbindung.

Sie wird desto wichtiger, je grösser der Umfang der Aktion. Die Verbindung ist für alle Formen der Aktion wichtig. Desto wichtiger, je grösser die Tragweite der Aktion.

Erst die Verbindung ermöglicht es der Führung, sich fortgesetzt über den Gang der Aktion zu unterrichten, sich zurechtzufinden in der im Fortschreiten der Aktion wechselnden Lage, durch weitere Weisungen den Fortgang der Aktion richtig zu lenken und die eigenen Weisungen überhaupt weiterzuleiten.

Immer wieder auf die Notwendigkeit der Verbindung hinzuweisen, dazu anleiten, sie immer wieder organisieren, ist eine wichtige Aufgabe der Führung überhaupt und der Führung in der Aktion insbesondere. Die Verbindung muss dauernd von unten nach oben und von oben nach unten funktionieren. Wird sie durch feindliche Aktion gestört, so muss sie so schnell als möglich wieder hergestellt werden.

Andererseits muss jeder Teil die allgemeine Linie und den konkreten Kampfplan soweit kennen, dass er auch bei gestörter Verbindung imstande ist, selbstständig sich richtig zu verhalten. Die Erziehung zum selbstständigen politischen Urteilen und Denken ist auch deshalb unumgänglich nötig, weil das Netz der Verbindung, mag es noch so gut organisiert sein, immer wieder durch feindliche Aktion bald da, bald dort zerrissen wird und in der Regel ziemliche Zeit verfliesst, bis es gelingt, das Netz wieder herzustellen.

h. Der Aufenthalt der Führung in der Aktion.

Je höher die Stufenleiter der Aktion, je grösser ihr Umfang, ihre Tragweite, desto wichtiger auch die Frage: wo soll sich in der Aktion die Führung aufhalten? Diese Frage darf nicht demagogisch gestellt, sondern muss nach den realen Bedürfnissen des Kampfes, nach den nüchternen Zweckmässigkeiten beantwortet werden. Die Führung gehört in der Regel dorthin, wo sie am besten und raschesten den Überblick über das Ganze gewinnt, von wo aus sie am besten das Ganze leiten kann.

"Bei dem raschen Wechsel von legaler und illegaler Arbeit, wo man gerade den "Generalstab", gerade die Führer besonders "verstecken", besonders konspizieren musste; allerdings führte dies bisweilen zu äusserst gefährlichen Erscheinungen". Trotz dieser Erscheinungen (es gelang unter solchen Bedingungen der zaristischen Geheimpolizei den Spitzel Malinowski in das illegale bolschewistische ZK hineinzubekommen) trotzdem hält Lenin es aufrecht, dass man bei dem raschen Wechsel zwischen legaler und illegaler Arbeit den "Generalstab", die Führer der Revolutionspartei verstecken, besonders konspizieren muss. Mag die Bourgeoisie, mögen ihre Helfershelfer "Feigheit!" darüber schreien, mag ultra"linke Unerfahrenheit in dasselbe Horn blasen, die proletarischen Revolutionäre müssen den Aufenthalt der Führung einzig und allein nach der revolutionären Zweckmässigkeit bestimmen, wozu auch die Erwägung gehört, dass die Fortführung des Kampfes das Erhalten des Kopfes, das Erhalten der Kampfleitung von besonderer Wichtigkeit ist.

i. DIE DURCHFÜHRUNG DES KAMPFENTSCHLUSSES, DES KAMPFPLANES.

Sobald einmal der Entschluss zum Kampf, die Aktionslinie, der Kampfplan feststeht, muss die Führung zur Durchführung übergehen. Sie beginnt mit dem Vorbereiten der Aktion, woran sich das eigentliche Durchführen schliesst.

D. DAS AUSSWERTEN DER AKTION.

Jede Aktion muss ausgewertet werden:

a) Führt die Aktion zum Sieg, zum Erfolg, so muss sie ausgewertet werden gegenüber dem Feind. Die Positionen des Feindes müssen zerstört, die proletarischen Positionen müssen aufgebaut, ausgebaut werden. Das gilt vom bewaffneten Aufstand; das gilt mit den entsprechenden Änderungen von jeder Aktion. Die SP hat das 1918/1919 in Deutschland und Österreich, 1931 in Spanien unterlassen (infolge ihrer Koalitionseinstellung), das war der Ausgangspunkt des Dramas, das zur Katastrophe führte.

b) Führt die Aktion zum Sieg, und erst recht, führt sie zur Niederlage, so muss jede Aktion ausgewertet werden als Lehre für die Partei. Die Erfahrungen der Aktion müssen untersucht werden, im Lichte dieser Erfahrungen muss die Lagebewertung, die Strategie und Taktik der Partei überprüft werden. Das besorgt die revolutionäre Diskussion, die revolutionäre Kritik. Selbstverständlich muss die revolutionäre Kritik stets auch positiv sein! Sie darf sich nicht damit begnügen, die Fehler zu zeigen, sie muss zugleich auch den positiven Weg herausarbeiten und zeigen. Zu all dem ist die revolutionäre Parteidemokratie unumgänglich notwendig.

c.) Das Verhalten der Partei zu ihren eigenen Fehlern.

Wer nicht handelt, dem kann kein Fehler unterlaufen: er begeht allerdings den Verrat des Nichthandelns.

Wer handelt, wird unvermeidlich ab und zu auch fehlen. Auch Marx und Lenin sind Fehler unterlaufen. Die unendliche Kompliziertheit der Fragen im Klassenkampf macht da und dort Fehler im Führen unvermeidlich. Die gute Führung zeigt sich nicht darin, dass sie niemals fehlt, irrt, sondern darin, dass sie nur kleine Fehler begeht, sie als Fehler rasch erkennt und rasch korrigiert. "Menschen, die Fehler nicht machen, kann es nicht geben. Klug sein heisst, keine wesentlichen Fehler machen und sie rasch und leicht korrigieren" (Lenin).

Fehler in wichtigen Fragen müssen vor der Partei, müssen vor den Massen berichtet werden.

Vor der Partei! Das ergibt sich aus der grundlegenden Tatsache, dass die Partei ihre führende Rolle nur kollektiv erfüllen kann. Fehlt die Führung der Partei, so hat sie falsche Ansichten in die Mitgliedschaft hineingetragen. Es genügt daher nicht, dass sich die Parteileitung hinter dem Rücken der Partei korrigiert, sondern sie muss auch die dadurch herbeigeführte Einstellung der Gesamtmithliedschaft beheben, muss sie richtig einstellen. Das verlangt aber das offene Eingestehen des Fehlers, das offene Darlegen des Fehlers, worin er bestand, wie er entstanden ist und wie der Fehler verbessert werden muss.

Vor den Massen: Das ergibt sich aus den Verpflichtungen, die der Partei aus ihrer führenden Rolle gegenüber den Massen erwachsen. Indem die Partei falsch führte, hat sie die Massen falsch eingestellt. Sie muss also offen aussprechen, dass sie gefehlt hat, worin dieser Fehler bestand und welches die einzuschlagende richtige Linie gewesen wäre.

Lenin hat Fehler, die ihm unterliefen, offen zugegeben und korrigiert. Von ihm stammen die Aussprüche: "Wenn wir vor der Einsicht unserer eigenen Fehler nicht zurückschrecken, wenn wir vor der wiederholten Mühe nicht zurückscheuen - werden wir den Gipfel erreichen" --- "Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien (Kennzeichen) für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, gründlich analysieren - das ist das Merkmal einer ernstesten Partei, das heisst Erfüllung ihrer Pflichten, Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse".

Damit vergleiche man das Verhalten von SP/KP nach der deutschen und österreichischen Katastrophe. Damit vergleiche man insbesondere das Verhalten der Stalininternationale, Stalinpartei in der Frage des "Sozialfaschismus". Jahrelang haben sie gekreischt: "Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind, jahrelang haben sie jeden, der das bekämpfte, als Verräter aus der KP ausgeschlossen - nach 5 Jahren, nachdem durch diese Einstellung die grössten Katastrophen für die Arbeiterschaft herbeigeführt wurden, erklärt die Stalinbürokratie wie wenn nichts geschehen wäre - das Gegenteil. Auf dem Parteitag der KPD erklärte der Kominternvertreter (siehe Rote Fahne, Jänner 1935): "Der Hauptfeind ist der Faschismus, nicht die Sozialdemokratie!" Kein Wort darüber, dass die Komintern durch 5 Jahre das Gegenteil davon verkündet, jede Kritik daran als Klassenverrat gebrandmarkt hatte, kein Wort über die Ursache, warum die Kommunistischen Parteien sich durch 5 Jahre auf dieser verbrecherischen Linie bewegt hatten, kein Wort darüber warum die Linie des "Sozialfaschismus" aufgegeben und plötzlich im Handumdrehen das Gegenteil richtig erklärt wird - man vergleiche damit die obigen Worte Lenins und man wird finden, dass einer Internationale, dass Parteien, die so handeln, eines der wichtigsten Kriterien des Ernstes fehlt, eines der wichtigsten Kriterien ihrer tatsächlichen Ergebenheit für die Sache der Arbeiter. für die proletarische Revolution f e h l t !

In der Tat, der verräterischen Stalinbürokratie bleibt keine Wahl als zu schweigen, sie hätte denn die Wahrheit sagen müssen: die Stalinparteien trieben den "Sozialfaschismus" aus rein russischnationalistischen Gründen, aus Gründen der selbststüchtigen Interessen der Stalinbürokratie und sie haben das aufgegeben und tun jetzt plötzlich das Gegenteil - aus denselben Gründen ,.... Diese Wahrheit freilich kann die Stalinbürokratie nicht offen aus - sprechen, ohne sich vor den Arbeitern, vor den Arbeiterkommunisten selbst aufzugeben. -

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX XX